

Erörterungs-Express



Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., Petzvalstraße 50, 3300 Braunschweig, Tel. 0531/ 378121, Fax 0531/ 378151 * Büro beim Erörterungstermin: Tel. 05341 / 15233, Fax 05341 / 15282. Redaktion: Peter Dickel, Claus Schröder. Nr. 1, Montag 28. September 92

Terminbericht:

Kommunen beantragen Aufhebung des Verfahrens !

EinwenderInnen kritisieren "vorausellenden Gehorsam" des Verhandlungsleiters

Das Planfeststellungsverfahren selbst ist bisher der einzige Gegenstand des Erörterungstermins über die 289.388 Einwendungen gegen Schacht KONRAD, der am Freitag auf dem Festplatz in Salzgitter begann, und am Samstag fortgesetzt wurde.

Zu Beginn des ersten Verhandlungstages hatte Rechtsanwalt Reiner Geulen im Namen der Städte Salzgitter, Braunschweig und Wolfenbüttel die Aufhebung des Erörterungstermins beantragt, weil der bisherige Verlauf des Verfahrens gezeigt habe, daß "ein Endlager für atomaren Abfall nicht in Übereinstimmung mit den Schutzgesetzen des Atomgesetzes und des Grundgesetzes errichtet und betrieben werden kann". Die Städte Hannover und Seelze, die Gemeinden Vechelde und Lengede, das Landvolk, Verbände und zahlreiche Einzelpersonen schlossen sich dem Antrag an.

Da Bundesumweltminister Töpfer die Landesregierung noch kurz vor Beginn des Verfahrens angewiesen hatte, sämtliche grundlegenden Verfahrensentscheidungen mit ihm abzustimmen, lehnte es der Leiter des Erörterungstermins, Dr. Schmidt-Eriksen ab, den Antrag selbst zu entscheiden. Nach mehrstündiger Debatte über den Antrag der Kommunen und einem Befangenheitsantrag gegen Schmidt-Eriksen, wurde der Termin auf den Samstag vertagt. Nächstens faxte das Bundesumweltministerium (BMU): "Die Anträge sind abzuweisen." Schmidt-Eriksen folgte dieser Aufforderung des BMU zu Beginn des zweiten Verhandlungstages. In der zunächst nur mündlich vorgetragenen Begründung der Ablehnung, entdeckte die Rechtsanwältin Ruelle-Hengesbach, die den EinwenderInnen im Auftrag des Umweltschutzforums Schacht KONRAD e.V. Salzgitter und der Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung steht, einen kleinen Skandal: Die Ablehnung des Antrages der Kommunen, bezog sich bereits auf Punkte eines von ihr vorbereiteten, aber noch nicht gestellten Antrages auf Abbruch des Termins. Offensichtlich im vorausellenden Gehorsam habe das Präsidium hier einen mit einer Wortmeldung eingereichten, aber noch garnicht gestellten und begründeten Antrag dem BMU zur Entscheidung vorgelegt, folgerten EinwenderInnen. Der inhaltliche Befassung mit diesen Anträgen werde damit jede Grundlage entzogen.

Nach längeren Verhandlungspausen wurde am Samstagnachmittag die Rolle der Versammlungsleitung und der Landesregierung selbst zum Gegenstand der Diskussion. Anders als Umweltministerin Grifahn, sahen die EinwenderInnen in dem nächtlichen Fax des BMU nämlich keine Bundesweisung, sondern lediglich eine brieflich geäußerte Auffassung - formal ein großer Unterschied. Sei der Versammlungsleiter der Auffassung, daß die Anträge be-

(weiter auf der Rückseite)

Editorial

Samstags erstellt, Sonntag versandt, Montag verteilt, wird der Erörterungs-Express in den nächsten Wochen zeitnah über den KONRAD-Erörterungstermin informieren. Auch dann, wenn die Presse mal schweigt. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD und der GRÜNEN in der Region Braunschweig erhalten ihn kostenlos. Wer sonst noch gut informiert sein will, kann den Express bei der Arbeitsgemeinschaft bestellen. Er wird für einen Kostenbeitrag von 1,- DM pro Aussendung versandt oder bei Bedarf faxt. Größere Mengen zum Auslegen und Weiterverteilen nach Absprache.

Deutliche Signale der Betroffenen

markierten den Beginn des Erörterungstermins. Am ersten Verhandlungstag demonstrierten Mitglieder der Umweltverbände in Strahlenanzügen, mit gelben Tonnen und Transparenten, mit denen sie die Halle bleibend schmückend. Vor der Halle waren unterdessen Traktoren mit eindeutigen Plakaten aufgefahren. Den zweiten Tag eröffnete der Musikzug Vallstedt und eine Jazz-Dance-Gruppe demonstrierte "Eleganz gegen Arroganz". Die politische Willenserklärung, die Monika Grifahn vor Beginn der Erörterung abgab, die Begründung des Abbruchartrages der Kommunen und eines weiteren Abbruchartrages, der von Hans-Georg Babke als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft vorgetragen wurde, stießen auf die Breite Zustimmung der ca. 500 EinwenderInnen, die zur Eröffnung des Termins erschienen waren. In den nächsten Wochen wird noch viel Zeit für eindeutige und demonstrative Stellungnahmen sein. Die tollen Tage stehen erst noch bevor !

Wochenvorschau:

Weiter mit Verfahrensfragen

Der Erörterungstermin wird diese Woche Mittwoch, Donnerstag und Freitag fortgesetzt, wegen des Feiertages jedoch nicht am Samstag, dem 3.10. Am Mittwoch und möglicherweise auch am Donnerstag werden weitere Verfahrensfragen erörtert. In Verbindung mit dem Abbruchartrag der Kommunen könnte es zunächst möglicherweise noch um die Rolle von Versammlungsleitung, niedersächsischer Genehmigungsbehörde und Töpfer gehen. Ob weitere Abbrucharträge gestellt werden, war Samstag noch offen. Während die Abbrucharträge von der Versammlungsleitung als Punkt 0 der Tagesordnung vorgeschaltet worden sind, betrifft der Punkt 1 (Verfahrensfragen) alle Fragen, die die Ausgestaltung des Verfahrens, die Durchführung des Erörterungstermins und die Verfahrensbeteiligten betreffen. Der Beginn der Sachdiskussion mit dem Themenkomplex "Abfälle, Endlagerbedingungen, Entsorgungskonzept" ist als Punkt 2 vorgesehen. Angesichts des derzeit schleppenden Verlaufes des Termins ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob der Einstieg in die Sachdiskussion bereits am Donnerstag oder Freitag möglich ist. Als Punkt 1 der Sachdiskussion ist der Themenkomplex "Abfälle, Endlagerbedingungen, Entsorgungskonzept" vorgesehen. Von Einwenderseite wird z.T. erwogen, die Fortsetzung des Termins bereits am Montag der Folgeweche ((5.10.) zu beantragen, um die Sachdiskussion kompakter führen zu können, als dies bisher bei den Verfahrensfragen möglich war.

Nächste Termine:

Mittwoch 12.30 - 21.00
Donnerstag 10.00 - 20.00
Freitag 12.30 - 21.00

Info-Telefon Arbeitsgemeinschaft
05341 / 15233

Infotelefon Umweltministerium:
05341 / 835 - 161/162

Ansagedienst Umweltministerium:
05341 / 105/106/107

rechtigt seien, sei es seine gesetzliche Pflicht, ihnen stattzugeben, das Verfahren also aufzuheben. Zwar müsse das Land einer Bundesweisung folgen (auch wenn diese gegen geltendes Recht verstieße), der Versammlungsleiter verstoße aber gegen seine Pflichten, wenn er das Verfahren aufgrund einer lediglich brieflich geäußerten Auffassung des BMU entgegen seiner eigenen Rechtsauffassung weiterführe.

Immerwieder war während der ersten beiden Tage nach der Rolle gefragt worden, die Versammlungsleitung und die niedersächsische Genehmigungsbehörde spielen wollen. Während Monika Grifahn in einer Rede am Freitag vor Beginn des Erörterungstermins und in einer Pressekonferenz am Samstag die Kritik an der Weisungspolitik des Bundes noch einmal deutlich ausdrückte, sahen die EinwenderInnen im Verhalten der Versammlungsleitung eine bedingungslose Unterwerfung und vorauseilenden Gehorsam gegenüber Töpfer. Ein "undurchsichtiger Kurs", hieß es denn auch in einer Presseerklärung nach Ende des 2. Verhandlungstages, in der Frau Grifahn aufgefordert wurde, deutlich zu machen, "daß ausschließlich Klaus Töpfer die Knebelung der Einwender und die Aushebelung der Planfeststellungsbehörde zu verantworten hat."

Denn soviel haben die ersten beiden Verhandlungstage deutlich gemacht: Landesregierung, betroffene Gebietskörperschaften, Landvolk, Gewerkschaften, Umweltverbände, die gesamte betroffene Region, lehnen KONRAD ab, fordern den Abbruch eines Verfahrens, das schon allein deswegen absurd geworden ist, weil es politisch von niemandem akzeptiert wird. Kurz und treffend zusammengefaßt auf einem der zahlreichen Transparente, die das Versammlungszelt schmücken: "Klaus und Konrad - zwei, die wir nicht wollen".

Für Sie und Ihre KollegInnen ist noch ein Platz frei in der Leichtbauhalle ! - Aber am 17.10. sollten Sie nicht fehlen !

Etwa 500 EinwenderInnen kamen zur Eröffnung des Erörterungstermins, 200 - 300 waren es am zweiten Tage. Das traf etwa die Erwartungen der Verbände und Organisationen, die von durchschnittlich 100 - 200 EinwenderInnen pro Verhandlungstag, bei Einzelfragen auch deutlich geringerer Teilnahme ausgingen. "Schließlich vertritt jeder unserer Verbände eine Vielzahl von EinwenderInnen, die in vielen Fällen garnicht persönlich erscheinen können", meinte etwa Petra Wasmann vom Naturschutzbund. Warum als die überdimensionierte Halle mit 3000 Plätzen? Im Vorfeld war auf einen Erörterungstermin zu Wackersdorf hingewiesen worden, bei dem schon mal 3.000 EinwenderInnen gekommen seien. Das stimmt. Allerdings hatte es zuvor eine jahrelange internationale Auseinandersetzung um die Anlage gegeben, etwa 3mal soviele Einwendungen wie gegen KONRAD, die etwa je zu Hälfte aus Österreich und Deutschland kamen. Und zu Beginn der Sachdiskussion am 3. Tag zählte die Presse ganze 50 EinwenderInnen und Experten. Zu prominenten Experten kamen dann wieder mehr, maximal 1.500 EinwenderInnen. Der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bleibt gelassen: "Entweder hat hier jemand unter Realitätsverlust gelitten, oder er wollte uns vorführen. Natürlich rufen wir die Menschen auf, ihre Interessen hier selbst zu vertreten, aber das ganze ist und bleibt ein Verwaltungsverfahren, das für viele Menschen ziemlich abstoßend ist. Trotzdem war die Stimmung im Saal eindeutig, ist immer klar geworden, daß die Region gegen KONRAD steht. Wenn Töpfer kommt oder wenn im Verfahren über die Transporte geredet wird, die wirklich viele Menschen betreffen, dann wird es sicherlich auch nochmal ganz voll werden. Ansonsten wollen wir uns lieber messen lassen an 289.388 Einwendungen, der Geschlossenheit der Region und einer starken Demonstration am 17. Oktober."

Also auf !

Luftballonaktion am Donnerstag

Verbunden mit einer Aufforderung zum Erörterungstermin zu kommen, wollen DIE GRÜNEN am kommenden Donnerstag um 10.00 Uhr vor Beginn der Erörterung hunderte von Luftballons steigen lassen. "Wer einen dieser Ballons bekommt", meint Waltraud Gerke-Wittfoot von den GRÜNEN Salzgitter, sollte sich schleunigst aufmachen zum Erörterungstermin, den die Radioaktivität von KONRAD würde ihn genauso erreichen, wie unser Ballon!."

Tätige Mitarbeit und Schlafplätze gesucht

MittäterInnen beim Versand des Erörterungs-Expreses, bei bundesweiten Rundbriefen und Material und für viele andere praktische Unterstützungsarbeiten sucht die Arbeitsgemeinschaft derzeit ebenso wie Schlafplätze für auswärtige Gäste. Besonders in den Tagen um die Demonstration am 17.10. werden voraussichtlich viele Schlafplätze gesucht. Bitte melden im Info-Büro der Arbeitsgemeinschaft im Festzelt: 05341 / 15233.

Mit der für den 17.10. geplanten Demonstration,

die mittlerweile von zahlreichen Gruppen und Organisationen aus dem ganzen Bundesgebiet unterstützt wird, setzt die Arbeitsgemeinschaft bewußt einen politischen Schwerpunkt außerhalb des KONRAD-Verfahrens. Geplant ist folgender Ablauf:

10.00-12.00 Uhr

Treffen vor dem Rathaus in Salzgitter-Lebenstedt

11.45 Uhr

Eröffnung und Begrüßung

12.00 Uhr (pünktlich)

Demonstration nach Salzgitter-Bleckenstedt, vorbei an der Leichtbauhalle

ab ca. 14.00 Uhr

Rahmenprogramm und Kundgebung in Salzgitter-Bleckenstedt (Sportplatz). Nach der Kundgebung soll KONRAD eingewickelt werden. Organisationen, die sich beteiligen wollen, sollten lange Transparente mitbringen und vorher Bescheid sagen.

Das Ende der Veranstaltung ist für 16.00 Uhr geplant. Im Anschluß findet im Rahmen des Perspektivenkongresses der niedersächsischen GRÜNEN in Vechelde ein Ausstiegsforum statt.

Demonstration 17.10.

12.00 Uhr Salzgitter-Lebenstedt - ab 14.00 Uhr Salzgitter-Bleckenstedt

Erörterungs-Express



Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., Petzvalstraße 50, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531/ 378121, Fax 0531/ 378151 * Büro beim Erörterungstermin: Tel. 05341 / 15233, Fax 05341 / 835-112. Redaktion: Peter Dickel, Claus Schröder. Nr. 2, Montag 5. Oktober 92

Tagungsbericht:

Am Ende der 2. Woche kam Leben ins Festzelt

Nach einer wesentlich von Verfahrensfragen und der Diskussion über Rechtmässigkeit und Charakter des gesamten Verfahrens geprägten 2. Verhandlungswoche, schwappte am 5. Verhandlungstag das reale Leben ins Festzelt.

Einige Hundert BetriebsrätInnen, Vertrauensleute und KollegInnen aus den Metallbetrieben in Salzgitter brachten am Ende der 2. Verhandlungswoche im KONRAD-Erörterungstermin erstmals die geballte Ablehnung der Menschen in der Region gegen KONRAD zum Ausdruck. Dem Antrag der IG Metall Salzgitter folgend, erteilte der Verhandlungsleiter am 5. Verhandlungstag (Freitag) pünktlich ab 16.00 Uhr den VertreterInnen von 30.000 Beschäftigten der Salzgitter-Metallbetriebe das Wort. Während die BelegschaftsvertreterInnen von VW, Preussag Stahl, der Verkehrsbetrieben Peine Salzgitter, von MAN, Bosch, telcat und Dörnemann, sowie der 2. Bevollmächtigte der IG Metall zunächst darum bemüht waren, ihre Kritik an dem Projekt, die Gründe, warum sie es Ablehnen, ihre Fragen, aber auch ihre Ängste in die Erörterung einzubringen, demonstrierte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS, Antragsteller) seine Unfähigkeit, in einen lebendigen Dialog einzutreten. Den lebendigen Vorträgen der MetallkollegInnen begegneten die Vertreter des Antragstellers mit so sympathieheischenden Hinweisen wie: Dies sei eine Erörterung, hier seien aber Fragen gestellt worden, das BfS sei gerne bereit Fragen zu beantworten, dazu sei indes die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Oder: Alles was angesprochen sei, werde ja noch im Rahmen dieses Erörterungstermins Thema sein. Nur eben nicht heute. Die MetalllerInnen wollten wissen, was denn Erörterung heiße, wenn auf keines ihrer Sachargumente eingegangen werde: Was hat das denn noch mit Demokratie zu tun? Aber dafür, wie für so vieles andere, ist das BfS nun mal nicht zuständig. Auch Verhandlungsleiter Schmidt-Eriksen hatte keine Mühe, den Zorn der versammelten EinwenderInnen auf sich zu ziehen. Immerwieder beteuerte er, er könne das BfS nun mal nicht dazu zwingen, zu antworten. Und: Man sei zwar übereingekommen, EinzeleinwenderInnen auch außerhalb der Tagesordnung das Wort zu erteilen, aber dies könne ja nicht heißen, daß der Antragsteller immer mit allen Experten anrückt.

Transport: Machen Sie die Rechnung nicht ohne die Belegschaft der Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter.

Das BfS solle die Rechnung nicht ohne die Belegschaft der Verkehrsbetriebe der Peine-Salzgitter (VPS) machen, entgegnete der stellvertretende VPS-Betriebsratsvorsitzende Hein Moritz auf die stereotype Weigerung, sich auf eine inhaltliche Diskussion der Transporte einzulassen.

(umseitig weiter)

Wochenvorschau:

Einstieg in die Sachdiskussion

Nachdem ein Einzeleinwender am späten Freitagabend vor Antritt seines Urlaubes noch 65 Anträge zum Verfahren gestellt hatte, wird die Verfahrensdebatte nun vermutlich am kommenden Mittwoch, den 7.10. beendet werden. Der Einstieg in die Sachdiskussion beginnt dann mit dem Themenkomplex "Abfälle, Endlagerbedingungen, Entsorgungskonzept" vermutlich am Donnerstag. Greenpeace hat für diesen Tag Experten aus Frankreich und Großbritannien angekündigt. Vermutlich wird die Erörterung dieser Fragen bis weit in die nachfolgende Woche gehen.

Editorial

Weil dieser Erörterungs-Express ausnahmsweise über einen breiten Verteiler bundesweit verschickt wird, hier nocheinmal unser Konzept: Samstags erstellt, Sonntags versandt und verfaxt, Montags verteilt, wollen wir zeitnah über den KONRAD-Erörterungstermin informieren. Auch dann, wenn die Presse schweigt. Wer schnell und umfassend informiert sein will, ist mit 1,- DM pro Woche dabei. 10,- DM mit Stichwort "Erörterungs-Express" auf das Konto der Arbeitsgemeinschaft (Postgiro Hannover 378752-308 / BLZ 25010030) dürften für diesen Erörterungstermin ausreichen. Größere Mengen zum Auslegen und Weiterverteilen nach Absprache.

Wochenüberblick

Mittwoch, 7. Oktober, 12.30-21.00 Uhr

Schwerpunkt: Verfahrensfragen

Donnerstag, 8. Oktober, 10.00-22.00

u.a. internationale Experten von Greenpeace

Freitag, 9. Oktober, Q

10.30 - 12.30 Uhr Kinderaktion

12.30 - 21.00 Uhr Erörterung

Samstag, 10. Oktober, 10.00-16.00 Uhr

vorgesehen u.a. Prof. Dr. Zimmerli zu prinzipiellen Fragen der Verantwortbarkeit und Berechenbarkeit

Aufgrund der Erfahrungen der Vorwochen sind erhebliche Verzögerungen, Terminverschiebungen und Beratungspausen nicht auszuschließen. Es empfiehlt sich ggfs. eine Nachfrage beim Infotelefon des NMU. Prinzipiell besteht für EinzeleinwenderInnen nach Arbeitsschluß und am Samstag vorrangiges Rederecht.



Versammlungsleiter Dr. Schmidt-Eriksen (Mitte), Stellvertr. Dr. Karl Biedermann (rechts)
(Foto: Hübener)

(Fortsetzung Tagungsbericht)

In Bedrängnis kam das BfS, als der Kollege Ewald Maurer (VPS) wissen wollte, wieso der nach der Vereinigung der deutschen Staaten erhöhte Flugverkehr in den Planunterlagen nicht berücksichtigt werde. Dies sei nicht erforderlich gewesen, entgegnete das BfS, weil man in den Plänen zwar beschrieben habe, daß KONRAD in einer Flugverbotszone liege, hiervon aber bei den Risikoberechnungen "keinen Kredit" genommen habe. Vor wie nach der Vereinigung seien Flugzeugabstürze ein zu vernachlässigendes Restrisiko. Ob es hierzu nach der Vereinigung Untersuchungen gegeben habe, wollten weitere EinwenderInnen und Anwälte wissen. Wenn ja, würden diese bei den Planunterlagen fehlen. Wenn nein, sei dies möglicherweise ein bedeutsamer Fehler. Das BfS mußte passen, aber die Forderung, alle diesbezüglichen Unterlagen offenzulegen, steht im Raum.

GewerkschafterInnen wollen wiederkommen

Da ja nun auf keine einzige Frage eine Antwort gegeben worden sei, resümierten GewerkschafterInnen, werde man in Zukunft wohl öfter kommen müssen. Das "Trauerspiel dieses Verfahrens zu beenden, durch aktive Wortmeldungen im Erörterungszelt", fordert der DGB-Kreis Region Braunschweig in einer Presseerklärung auch von den anderen EinwenderInnen.

Verfahrensfragen

Dominant war auch in der 2. Verhandlungswoche die Auseinandersetzung um das Verfahren selber. In weiteren Abbruchanträgen der Kommunen und anderer EinwenderInnen wurden die völlig unzureichenden Voraussetzungen für die Erörterung deutlich, deren einzige Grundlage der Feste Willen des Bundes ist, das Verfahren mit allen Mittel durchzuziehen. Sichtliche Schwierigkeiten den Sinn dieser Anträge nachzuvollziehen, hatte die Presse, die von "Versuchsbällons der Juristen", Verschleppung und Verzögerung schrieb. Daß es bei jedem Antrag zu mehrstündigen Unterbrechungen komme, liege nicht an den EinwenderInnen, konterteten diese, sondern an einem unsinnigen Verfahren, bei dem jede Entscheidung der Verhandlungsleitung mit Bonn abgestimmt werden muß. Allerdings gab es auch auf Seiten der EinwenderInnen unterschiedliche Auffassungen über die Bedeutung der gesamten Verfahrensdebatte. Während ein Teil der EinwenderInnen einen schnellen Einstieg in die Sachdebatte wünschte, wollten andere zunächst dokumentiert haben, daß eine ergebnisoffene Sachdebatte weder aufgrund der unzureichenden Planunterlagen, noch aufgrund der von sachfremden Interessen bestimmten Verfahrenslenkung aus Bonn möglich ist. Ziemlich genau traf dies der als Einzeleinwender auftretende Prof. Dr. Rolf Bertram: Natürlich jucke es ihn als Naturwissenschaftler, in die Sachdebatte einzusteigen, und natürlich sei der bisherige Verlauf des Verfahrens für NormalbürgerInnen kaum zumutbar gewesen. "Aber ich glaube, da müssen wir durch, denn ich weiß natürlich auch als Naturwissenschaftler ganz genau, daß dieses Verfahren nicht mit wissenschaftlichen und technischen Argumenten entschieden wird."

Vom flinken Sack

Er sei für die langen Beratungspausen, in denen alle Entscheidungen mit Bonn abgestimmt werden müssen, nicht verantwortlich, meinte Verhandlungsleiter Schmidt-Eriksen. Wenn man ihn kritisiert, sei das eben so wie immer, der Stock, der den Esel treffen solle, treffe den Sack den er trägt. Witzelte ein Einwender hinter vorgehaltener Hand: "Ich habe noch nie einen Sack gesehen, der sich so flink dazwischenwirft, damit nur ja nicht der Esel getroffen wird."

Herr Tomauskefürdenantragsteller

Eine sonore, feste Stimme ergreift - nicht gerade oft - aber mehrfach täglich das Wort im Festzelt, um zu begründen, daß das BfS nichts Wesentliches zu sagen hat. Substanzielles ist es denn auch nicht, was die EinwenderInnen von dieser Seite beeindruckt, aber der Name der Stimme, die sich nur von der Presse fotografieren lassen will, ist schon beeindruckend. Es handelt sich nämlich um Herrn Tomauskefür den Antragsteller.

Bis zum 12. Mai 92 geborene Babies dürfen noch bis zum 16.10.92 Einwendungen erheben !

Nach Mitteilung der Rechtsanwältin Claudia Fittkow (BBU/LBU) hat die Verhandlungsleitung Babies, die bis zum 12. Mai 1992 geboren worden sind, eine Nachfrist für Einwendungen n bis zum 16. Oktober eingeräumt. Mustereinwendungen können bei der Arbeitsgemeinschaft angefordert werden.

Der Schüler

Mit Beharrlichkeit versuchte ein Schüler am Donnerstag in drei Anläufen eine Stellungnahme vom BfS zu bekommen. Er sagt dazu u.a.: "Als Schüler einer 10. Klasse des Kranich-Gymnasiums habe ich im Vorjahr mit allen meinen KlassenkameradInnen Einwendungen ... erhoben. Um meine Bedenken und Fragen vorzutragen, habe ich beim Erörterungstermin 3 Tage geduldig gewartet. Wichtig war mir dabei, von den Vertretern des Bundesamtes für Strahlenschutz beantwortet zu bekommen, ob sie es für vorgelebte Demokratie halten, wenn der Wille des Volkes, zu dem alle 290.000 Einwender gehören, durch Bundesweisungen ständig ignoriert und eine demokratisch gewählte Landesregierung eben durch die Weisungen geknebelt wird. Aber auch auf die mehrfache Bitte um Beantwortung blieb das BfS stumm. Stattdessen überreichte mir eine Mitarbeiterin einen Info-Zettel mit Hinweisen über die Bundesauftragsverwaltung. Damit war mir klar, wie ich die Erörterung zu sehen habe: Juristisch begründete Einwendungen werden auf Weisung des Bundes abgelehnt, ethisch-moralische Fragen gehören nicht zum Verfahren und werden nicht beantwortet." Henric Bauer

Die Hausfrau

Rosemarie Krüger hat das Schlußwort. Zum Beispiel am Donnerstag: "In einem alten Kirchenlied da heißt es: Wacht auf ruft uns die Stimme, darum möchte ich allen zuzuhören, die hier im Raum und draußen in der Welt sind, bleibt wach und gebraucht euere eigenen Sinne, achtet auf alles was Politiker euch heute und in Zukunft sagen mit einem freundlich lächelnden Gesicht, doch - könntet ihr hinter deren Stirne schauen, dann würdet ihr bald feststellen, daß dem nicht so ist, wie sie es ihrem Volke sagen, denn sie beantworten alle Fragen auf ihre eigene Art und Weise, mal recht laut und mal recht leise, so wie man auch oft spricht zu einem Kind. Sie können mit vielen Worten gar nichts sagen, doch mit wenigen manches Mal sehr viel, Sie tun so als ob sie immer Verantwortung tragen, fragen heute nicht nach ihrer Schuld, sondern haben nur ein Ziel, allen Müll den sie selbst nicht wollen vor ihrer eigenen Region, dort hin über Straßen bringen und einlagern lassen, wo sie selbst nicht werden von Atommüll bedroht.

NABU-Aktion am nächsten Freitag:

Familien - kontra - KONRAD

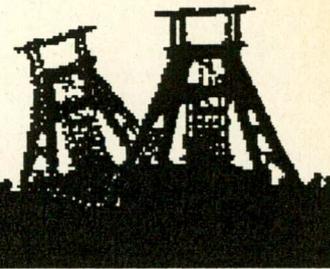
Am Freitag, den 9.10.92 zwei Stunden vor Verhandlungsbeginn (vermutlich also ab 10.30 Uhr), plant der Naturschutzbund Deutschland (NABU) mit seiner Salzgitteraner Kindergruppe eine Aktion unter dem Motto: "Familien kontra KONRAD".

In der Erörterungshalle soll ein Kinderzimmer aufgebaut werden, um die Bedeutung des geplanten Endlagers für nachfolgende Generationen hinzuweisen. Mitmachen erwünscht. An einer Stellwand können Kinder ihr eigenes Foto anbringen und damit zeigen, daß sie lachen und nicht strahlen wollen.

Kontakt: Petra Wassmann, Tel. 05341 / 58489

Demo 17.10.!

Erörterungs-Express



Organ für Demokratie und Transparenz - Herausgegeben von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. - Redaktion: Claus Schröder/Peter Dickel (verantwortl.)
Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig

Nr. 3 vom 11. Oktober 1992

Terminbericht 3. Woche

Verhandlungsleitung findet ihre Rolle

Höhepunkte: Greenpeacetag und ethische Fragen /Rechtsanwalt Nümann (Lengede) will wissen, was das BFS eigentlich beantragt hat

Der Beginn der 3. Tagungswoche zeigte eine **Verhandlungsleitung**, die sichtlich bemüht war, ihre eigene Rolle zwischen Antragsteller, Einwendern und Bundesumweltministerium zu finden. Erstmals machten die Verhandlungsleiter Schmidt-Eriksen und Biedermann deutlich, daß sie als Genehmigungsbehörde ein Interesse daran haben, das der Antragsteller auf die von den EinwenderInnen vorgetragene Fragen substantiell eingeht. Dies allerdings wollte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS, für den Antragsteller) nicht, kritisierte die Verhandlungsführung und provozierte mehrere längere Auseinandersetzungen über Form und Inhalte der Erörterung.

Mit Eintritt in die Tagesordnung - die Abbruchanträge der ersten 5 Verhandlungstage waren als Tagesordnungspunkt 0 behandelt worden - wurde die **"BürgerInnenstunde"** eingeführt. Bereits im Vorfeld des Erörterungstermin hatten sich die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. und mehrere Träger öffentlicher Belange dafür eingesetzt, wesentlich auch zu Zeiten zu verhandeln, an denen auch die betroffenen Menschen aus der Region teilnehmen können. Dieser Forderung entsprechend und von der gängigen Praxis vergleichbarer Termine abweichend, wird in Salzgitter auch am späten Nachmittag und Abends, sowie an Samstagen verhandelt. Regelmässig gegen 17.00 Uhr ruft der amtierende Verhandlungsleiter die "BürgerInnenstunde" auf, fordert Betroffene mit einfühlsamen Worten auf, Scham, Scheu und Ängste zu überwinden und frei heraus zu sagen, was sie bewegt. Eine Vielzahl von EinwenderInnen haben diese Möglichkeit bisher genutzt. Prinzipiell besteht natürlich auch hier die Möglichkeit, sich von anwesenden Sachbeiständen unterstützen oder beraten zu lassen.

Das BfS suchte, sein durch die Kaltschnäuzigkeit, mit der es am Freitag der Vorwoche MetallkollegInnen begegnet war, und durch die bekanntgewordene Tatsache, daß es seine Mitarbeiter einer Rhetorikschulung unterzogen hatte, ramponierte Image zu polieren. Sichtlich das Bemühen, auch auf die Fragen von EinzeleinwenderInnen fachlich einzugehen, soweit dies im Rahmen vorformulierter Erklärungen möglich ist.

Der **Mittwoch** stand noch ganz im Zeichen der Verfahrensfragen. Es galt zunächst die 65 Anträge von Helmut Orth-Diestelhorst (Einzeleinwender), die dieser am Freitag der Vorwoche vor Antritt seines Urlaubes gestellt hatte, zu bescheiden. Aufgegriffen wurde von EinwenderInnenseite nocheinmal, die bereits von Kommunen und Gewerkschaftern aufgeworfene Frage, nach neuen Untersuchungen über den nach der Vereinigung höheren Luftverkehr über KONRAD und mögliche Flugzeugabstürze. Die 1991 (!) ausgelegten Planunterlagen enthielten noch die historisch überholte Beschreibung, KONRAD liege im Grenzgebiet mit entsprechend geringem Luftverkehrsaufkommen. BfS-Delegationsleiter Thomauske hatte zwar betont, "davon sei Kredit

(umseitig weiter: Greenpeace - Nümann/Lengede - ethische Fragen)

Editorial

Das EinwenderInnenplenum am Samstag Abend war sich einig: Die KONRAD-Anhörung ist für die EinwenderInnen alles andere als katastrophal. Das nämlich hatte die berliner tageszeitung (taz) am gleichen Tage in Verbindung mit dem Interview eines bremser Wissenschaftlers behauptet. Daß "die überregionale Öffentlichkeit das Interesse am Schacht-KONRAD-Verfahren verloren" zu haben scheint, wie die taz ihrer Leserschaft mitteilte, dürfte allerdings weniger an der überregionalen Öffentlichkeit als an dem begrenzten Interesse liegen, daß die taz selbst dem Verfahren entgegenbringt. Solange zumindest, bis ihr Regionalredakteur wieder aus dem Urlaub zurück ist, bescheidet sich die taz mit mageren Agenturmeldungen, wenn sie denn überhaupt berichtet. Gerd Rosenkranz, der das Interview führte, wurde indes noch nicht in Salzgitter gesichtet. Nebulöse Verdächtigungen über die Verschwörung eines Rechtsanwaltes der Kommunen mit der niedersächsischen Genehmigungsbehörde, wie sie in der vergangenen Woche durch die Gänge des Festzeltes geisterten und nun in der Öffentlichkeit unbewiesen wiederholt wurden, sind für die EinwenderInnen wenig hilfreich. Verunsichert oder erbost waren die einen, andere winkten ab: Hahnenkämpfe zwischen konkurrierenden Wissenschaftlern und Juristen. Erfahrene Erörterungs-HäslInnen: Das gehört zu jedem Erörterungstermin dazu. Aber: Gerade die geschlossene Ablehnung von KONRAD in der gesamten Region, wie sie in den Tagen des Erörterungstermins durch die Kommunen, durch die engagierten Beiträge der MetallkollegInnen, durch kirchliche Gruppen und das Landvolk, durch zahllose Beiträge von EinzeleinwenderInnen demonstriert worden sind, sollte nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Demo 17.10.

Wochenvorschau:

Nochmal Verfahren - Abfall/Endlagerbedingungen - Bayertag - Demo

Die von Rechtsanwalt Nümann (Gemeinde Lengede) vorgelegten Fragen, was der Antragsteller *genau* beantragt habe, werden im Zentrum der Verhandlung am Mittwoch, dem 14. Oktober stehen. Vereinbart ist, daß das BfS seine Antwort schriftlich vorlegt und am Mittwoch eine erste Erörterungsrunde stattfindet. Da das Bundesamt eine Woche Zeit zur Beantwortung hatte, haben sich die EinwenderInnen das Recht ausbedungen, nach Auswertung der schriftlichen Antwort hierzu ggfs. auch zu einem späteren Zeitpunkt eine zweite Erörterungsrunde durchzuführen. Sollten Rechtsanwalt Nümann oder andere EinwenderInnen die vom BfS vorzulegenden Spezifizierungen zum Plan nicht ausreichen, sind am Mittwoch oder im weiteren Verlaufe der Woche Anträge zum Verfahren denkbar. Dem folgt dann das hinreichend bekannte Prozedere: Mehrstündige Verfahrensunterbrechungen, in denen zunächst die Verhandlungsleitung berät, der Antragsteller rechtliches Gehör erhält, die Entscheidung über Hannover nach Bonn gefaxt wird, um von dort genehmigt oder "überregelt" zu werden. Darüberhinaus ist die Verhandlungsleitung festen Willens, nunmehr zügig in die Sachdiskussion einzusteigen. Sollten keine Verfahrensanträge erfolgen, stünde dann etwa von Mittwoch Mittag bis Freitag Mittag der Themenkomplex 2 "Abfälle, Endlagerbedingungen, Entsorgungskonzept" zur Erörterung an. Hierzu hat sich zunächst Greenpeace mit seinen Experten der GRUPPE ÖKOLOGIE Hannover zu Worte gemeldet, um die am vergangenen Donnerstag begonnene Erörterung der Greenpeace-Einwendung an diesem Punkt fortzusetzen. Die DGB-Einwendung zum gleichen Thema wird am Montag, dem 19. Oktober erörtert. Da Prof.Dr. Bernhard Fischer, der den DGB in dieser Frage berät, an den regulären Verhandlungstagen Lehrverpflichtungen hat, wurde für die übernächste Woche ein außerordentlicher Verhandlungstermin am Montag vereinbart. Dafür wird dann am Mittwoch nicht getagt.

Am kommenden Freitag, dem 16. Oktober, ab etwa 15.00 Uhr ist dann Bayerntag. EinwenderInnen aus Bayern, werden die Fahrt zur Demonstration am 17. Oktober nutzen, um am Vortag ihre Einwendungen zu erörtern. Na, und Samstag, den 17. Oktober kann natürlich nicht erörtert werden, weil wir da demonstrieren und Genehmigungsbehörde und Antragsteller dann ganz einsam und allein wären.

Zur Institution geworden: Immer präsent, macht sich Rosemarie Krüger so ihre eigenen Gedanken über den Termin und hat allabendlich das letzte Wort (Foto: Hübener)



dit genommen worden", blieb aber die Frage schuldig, ob es aktuelle Untersuchungen gäbe. Damit mochten sich die Anwälte der Kommunen nicht zufriedengeben: Wenn es keine Untersuchungen gäbe, könnte dies ein schwerer Mangel der Planunterlagen sein, gäbe es aber Untersuchungen und diese seien den Planunterlagen nicht beigelegt, könnte es sich um einen Verfahrensfehler handeln. Alle Fragen zum Thema Flugzeugunfall "sowohl vor als auch nach der Grenzöffnung" seien durch ein Gutachten aus dem Jahr 1988 (!) erschöpfend behandelt, vernahm dann das ob der historischen Weitsicht des BfS erstaute Publikum.

Punkt 13.39 Uhr am Mittwoch, dem 07.10. trat der Erörterungstermin in den Punkt 1 seines Themenkataloges ein: "Verfahrensfragen". Nach einer Übereinkunft aller Beteiligten wurde dieser Punkt aber bereits am **Donnerstag** wieder verlassen, um **Greenpeace** Gelegenheit zu geben, seine Einwendung mit ausländischen Experten erörtern zu lassen. In Frankreich sei Praxis, berichtete Mycle Schneider (Paris), den schwach- und mittelaktiven Müll, der bei der Aufarbeitung deutscher Brennelemente seit 15 Jahren anfallt, sofort oberflächennah endzulagern. Das ist aber der Müll, für den KONRAD vorgesehen ist. Wenn der Müll in Frankreich schon verbuddelt ist, welchen Müll wollen sie dann hier endlagern, fragte Schneider das BfS. Dr. David Lowry (London) fügte hinzu, daß die britische Wiederaufarbeitungsfirma BNFL bereits heute überlegt, statt schwach- und mittelaktivem Müll, eine Menge hochaktiven Mülls mit einer äquivalenten Dosisbelastung zurückzuschicken. Gängig seien mittlerweile die Begriffe Äquivalenz-Tausch und Curie-Swap, die im Klartext bedeuten, daß irgendwelcher Atom Müll nach Deutschland zurückgeliefert werde, wie das BfS zugeben mußte, möglicherweise sogar aus dem französischen Militärzentrum Marcoule. Greenpeace-Atomexperte Heinz Laing: "Ein eklatanter Verstoß gegen das Atomgesetz". Schneider: "Niemand ist heute mehr in der Lage, daß Chaos aufzulösen." Das BfS bestritt die geschilderte Realität nicht, sah für sich hierin allerdings auch keine besondere Herausforderung: Das BfS habe den Müll nicht zu verantworten, sondern lediglich Kriterien festzulegen, unter denen der Müll in KONRAD eingelagert werden dürfe. Entscheidend sei dann, ob der angelieferte Müll diesen Kriterien erfülle oder nicht. "Offensichtlich gibt es hier 2 verschiedenen Wirklichkeiten", kommentierte Greenpeace-Expertin Ulrike Fink (GRUPPE ÖKOLOGIE) die mehrstündige Diskussion. "Wir reden von der realen Wirklichkeit, dem Müll der da ist und mit dem umgegangen werden muß, daß BfS zieht sich auf eine abstrakte Wirklichkeit von Paragraphen zurück." Die Greenpeace-Einwendung wird in der kommenden Woche, vermutlich Mittwoch Mittag bis Freitag-Mittag weitererörtert.

Wegen eines Rückgriffes auf Punkt 0 - Dr. Kriegstein aus Bad Bevensen stellte erneut einen Abbruchantrag, dessen Ablehnung kein übermäßiges Erstaunen mehr auslöste - mußte der Verhandlungsbeginn am **Freitag** auf 15.00 Uhr verschoben werden. Hier lag ein letzter Antrag zum Punkt Verfahrensfragen vor. **Für die Gemeinde Legede forderte Rechtsanwalt Nümann den Antragsteller auf, Zweifelsfragen darüber, was im Plan genau beantragt sei, zu klären.** Von den Auskünften des Antragstellers wolle er es abhängig machen, ob er ggfs. eine Vertagung des Termins beantrage. In einem ausführlichen Sachvortrag erläuterte Nümann seine Fragen. Unklar bliebe etwa, die räumliche Ausdehnung des beantragten Endlagers, die Herkunft der Abfälle, die Spezifikation des Abfalls, z.B. was unter "vernachlässigbarer Wärme zu verstehen sei", usw. Nümann hatte seinen Antrag bereits 2 Tage zuvor dem BfS übergeben und zwischen den institutionellen Verfahrensbeteiligten war die Beantwortung durch das BfS für Mittwoch, den 14.10. vereinbart worden. Verschiedene Einwender, allen voran Eduard Bernhard vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz mochten indes nicht einsehen, daß das BfS trotz der zweitägigen Vorlaufes zu einer ersten Erörterungsrunde nicht bereit war. Greenpeace-Jurist Dr. Clemens Arzt: Wenn der Antragsteller mehr als eine Woche Zeit zur Beantwortung der Fragen braucht, sollten die Einwender die Antwort zwei Tage vor deren Erörterung schriftlich erhalten. Dr. Thomauske für den Antragsteller sagte zu, die Beantwortung schriftlich zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungsleitung akzeptierte, daß nach einer ersten Erörterungsrunde am Mittwoch nach ausreichender Durchsicht ggfs. eine 2. Erörterungsrunde stattfinden müsse. Von EinwenderInnenseite wurde konstatiert, daß das BfS offensichtlich erheblichen Klärungsbedarf hat.

Der **Samstag** stand ganz im Zeichen prinzipieller, **ethischer Fragen**, auf die insbesondere kirchliche Gruppen, gestützt auf den Bamberger Wissenschaftstheoretiker Prof. Dr. Zimmerli, einen Schwerpunkt setzten. Nachdem sich das BfS sich im Vorfeld für Fragen der Ethik eigentlich nicht zuständig bezeichnet hatte, und es zunächst hieß, der Antragsteller suche nach einem anderen Experten, bestritt dann doch Dr. Thomauske für den Antragsteller die Diskussion. Es blieb indes bei dem Versuch, auf die ausführlichen Fragen sachgemäß einzugehen. Exemplarisch etwa der Versuch, daß Handeln des BfS damit zu rechtfertigen, daß der Müll ja da sei, es darum gerade besonders verantwortlich wäre, sich um seine Beseitigung zu kümmern, oder: der Rahmen ihres Handelns sei das Atomgesetz und dies sei schließlich demokratisch legitimiert. Eine Sichtweise, so Rechtsanwältin Ruelle-Hengesbach im EinwenderInnenplenum, die für Bürokraten typisch sei: Die Realität wird durch die Schablone von Paragraphen wahrgenommen.

Foto: Mit biologisch angebautem Obst und Gemüse kamen die Leute vom Lindenhof Eilum am Donnerstag vorbei. Sie wollten auch weiterhin unverstrahlte Lebensmittel anbauen und darum KONRAD nicht. Jetzt sei Ernte, wegen Regen hätten sie eine Pause machen können, um die hier stellvertretend für alle erörtern zu stärken. Sprachens und verteilten unter großem Beifall Apfel, Brötchen und Karotten zur Stärkung. (Foto: Hübener)

Terminübersicht:

Mittwoch, 14.10.92, 12.30-21.00

Stellungnahme BfS zum Antrag
Gem. Lengede/RA Nümann,
anschl. Verfahrensträge od.
Greenpeace zu Ab-
fall/Endlagerbedingungen

Donnerstag, 15.10., 10.00-20.00

voraussichtlich Greenpeace zu
Abfall/Endlagerbedingungen

Freitag, 16.10.92, 12.30-21.00

voraussichtlich Greenpeace zu
Abfall/Endlagerbedingungen
ab 15.00 Uhr: Bayerntag

Samstag, 17.10.92, 12.00-16.00

- Demonstration -

Montag, 19.10.92,

DGB Einwendung zu Abfall,
Endlagerbedingungen, usw.

Weitere Verhandlungstage in der Über-
nächsten Woche: Donnerstag, Freitag,
Samstag. Aktuelle Informationen zum Ta-
gungsverlauf gibt das Info-Telefon des
NMU, sowie der Ansagedienst des NMU.

Infotelefon NMU:

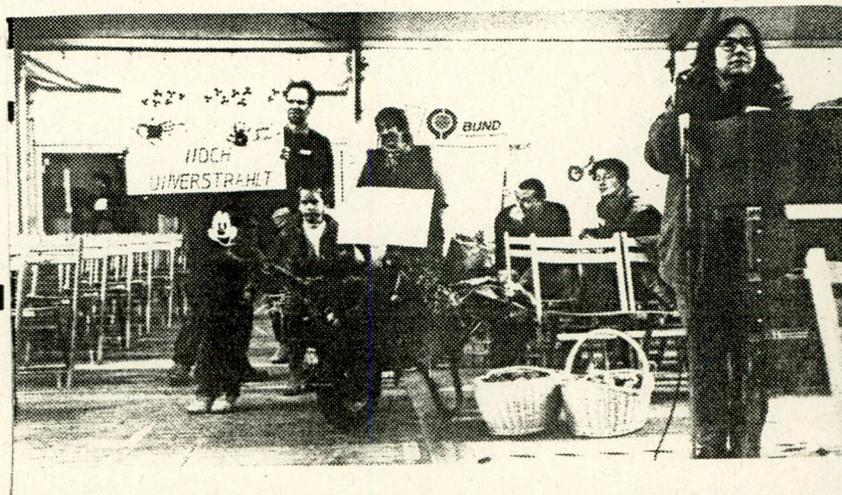
05341 / 835 - 161 / 162

Ansagedienst NMU:

05341 / 835 - 105/106/107

Arbeitsgemeinschaft:

05341 / 1 52 33



Erörterungs-Express



Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V. - V.i.S.d.P : Corinna Feuerhahn, Kurt Dockhorn

Nr. 4 - 17. Oktober 1992

WOCHENBERICHT

Die Eröffnung der 4. Verhandlungswoche, am Mittwoch, dem 14.10., oblag dem Bundesamt für Strahlenschutz. Die Fragen des Rechtsanwaltes der Gemeinde Vechelde,

Rainer Nümann, beantwortete man mit dem Verlesen eines 35 seitigen Papiers. Erwartungsgemäß wies das BfS alle Zweifel von sich. Nümann hatte bemängelt, daß die räumliche Ausdehnung des geplanten Endlagers unklar sei, die Herkunft der Abfälle nicht geklärt und die Spezifikation nicht präzise sei. Alle Fragen konnten nicht beantwortet werden. Offen blieb, unter anderem, ob eine Trennung von militärischem und zivilem Atommüll garantiert werden könne.

Am Abend konnte Tagesordnungspunkt 2 (Abfälle, Endlagerbedingungen, Entsorgungskonzepte) angegangen werden.

Einleitend wurden die Einwendungen kurz von der Verhandlungsleitung vorgetragen : Insbesondere fehle ein Entsorgungskonzept; die anstehende Privatisierung der Endlagerung und die Einführung des europäischen Binnenmarktes mache den Atommüll unkontrollierbar, die Verpackung und Konditionierung der angelieferten Abfälle sei mangelhaft, auch seien keine Alternativstandorte untersucht worden.

In der abschließenden "Bürgerfragestunde" ging es um Themen, die unter dem Punkt " Langzeitsicherheit " vertieft erörtert werden sollen.

Am Donnerstag, 15.10. bestimmten weitere Einwendungen von Greenpeace und den Kommunen die Verhandlung, Schwerpunkt waren hier die Abfallströme und die Endlagerbedingungen. An dieser Stelle mußte das BfS erstmals zugeben, daß die Atommüllkontrolle im Ausland nicht gewährleistet werden kann. Weitere Themen waren der Tausch von hoch - gegen schwachradioaktiven Atommüll und welche Mengen Atommüll zu welcher Zeit anfallen.

Der unbeeinflussten Abwägung im Planfeststellungsverfahren SCHACHT KONRAD steht, so die Befürchtung der Kommunen, der akute Entsorgungsdruck der Atomindustrie entgegen. Begründet wurde dies vor allem damit, daß bereits 1986 SCHACHT KONRAD als Entsorgungsnachweis für das KKW Niederaichbach genannt worden ist. Ein Vertreter der Kommunen bemängelte auch das Verhalten des Antragstellers, der gleich zu Beginn erklärt habe, daß die im Auftrag der Stadt Salzgitter erstellten Gutachten keine neuen Erkenntnisse gebracht hätten.

Abends stellte ein Einzelleinwender seinen dritten Abbruchantrag. Seiner Auffassung nach könne der Termin erst fortgesetzt werden, nachdem die Transportvorschriften für Atommüll extrem verschärft worden seien.

KOMMENTAR

Das BfS fängt an zu wackeln

Die Beschaffenheit des Atommülls, der aus ausländischen Wiederaufarbeitungsanlagen nach SCHACHT KONRAD gekarrt werden soll, ist zum ersten großen Knackpunkt der Sachauseinandersetzungen während der Erörterung geworden. Erstmals hat der Antragsteller die altbekannte Leier nicht mehr gespielt, daß die Verantwortung des Betreibers erst am Betriebsbeginn von SCHACHT KONRAD beginne und im übrigen gleichsam die Begleitpapiere der Atommüllfässer zur Annahme der strahlenden Fracht genügen. Gelöchert von den Experten von Greenpeace und der Gruppe Ökologie mußte das BfS eine Rückzugslinie beziehen : Nunmehr seien Verhandlungen aufgenommen worden mit betreiberunabhängigen Instanzen, die den Müllproduzenten in Seilafeld und La Hague genauer auf die Finger schauen würden, als das von den betreiberfreundlichen Firmen Lloyds und Büro Veritas (ist das etwa eine Firma des Vankan ?) zu erwarten sei. Also : Es gibt noch Hoffnung in diesem Erörterungstermin. Töpfer zum Trotz. Hoffnung nämlich auf die Lernfähigkeit der Herren auf der BfS - Bank unter der Führung von "Tomaske für den Antragsteller" und ihre Fähigkeit, unhaltbare Positionen zu korrigieren. Was ich mir dabei natürlich nicht wünsche, ist, daß " unsere Seite " der Atommafia und den ihr hörigen Bundesbehörden die Vorlagen liefert, mit deren Hilfe sie ihren gänzlich unzureichenden Antrag so nachbessern können, daß er der Genehmigung durch das Niedersächsische Umweltministerium nahe kommt.

Nein, meine Hoffnung auf Lernfähigkeit reicht weiter. Bei den ExpertInnen auf unserer Seite und mehr noch bei den BürgerInnen, die sich in der Erörterung zu Wort melden, kommt ein verändertes Bewußtsein zum Ausdruck. Ein Nachdenken in Zusammenhängen global, generationenübergreifend und in Verantwortung für die Überlebensfähigkeit der Menschheit, das den Herren vom BfS, jedenfalls als Amtsmenschen, bisher abgeht. Meine Hoffnung ist, daß die Menschen des Bundesamtes als Veränderte aus dieser Anhörung hervorgehen - mit einem neuem Bewußtsein davon, daß sie mit dem, was sie da im Dienste der Atomindustrie tun, aufhören müssen. Lieber heute als morgen.

kade



Der Freitag, 16.10., gehörte den Einwenderinnen und Einwendern aus Bayern. Das Spektrum erstreckte sich von ethisch - moralischen bis zu naturwissenschaftlich fundierten Einwendungen. Natürlich traten immer wieder Erfahrungen in den Vordergrund, die in Wackersdorf gemacht worden sind.

Am Sonnabend, 17.10.92, folgten fast 7000 Menschen dem bundesweiten Aufruf der AG SCHACHT KONRAD zur Demonstration gegen das geplante Endlager. Viele andere Organisationen und Gruppen hatten diesem Aufruf unterstützt. Mit dieser Demonstration sollte betont werden, daß ein Endlager Konrad politisch nicht durchzusetzen ist.

Nachdem sich zunächst "nur" circa 2000 Menschen zur Auftaktkundgebung auf dem Rathausvorplatz in Salzgitter - Bleckenstedt versammelt hatten, stießen auf dem Weg nach Bleckenstedt aus allen Richtungen Menschen hinzu.

Die Kundgebung in Salzgitter - Bleckenstedt wurde von thematisch breitgefächerten Redebeiträgen bestimmt: Vertreter der AG, des Landvolkes, der Betriebsratsvorsitzende des VW -Werkes Salzgitter und VertreterInnen von Bürgerinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet bezogen Stellung gegen Schacht Konrad.

Unter dem Motto "Wir wickeln Konrad ein..." zogen viele der Demonstranten im Anschluß an die Kundgebung in Salzgitter - Bleckenstedt direkt zur Schachtanlage Konrad. Hier behängten sie den Zaun mit Transparenten und bildeten eine Menschenkette.

Sie haben Ihr Interesse am Widerstand gegen das Atommüll-Endlager Morsleben bekundet.

Wir laden Sie deshalb ein zum

BÜRGERPROTEST

**am Samstag den 24. Oktober 1992
um 11.00 Uhr, Marktplatz Helmstedt**

Termine :

Montag, 19.10.92, ab 11.00 Uhr
DGB - Tag, Sachbeistand : Dr.
Bernhard Fischer

Mittwoch, 21.10.92, 19.30 Uhr
" Zwischenbilanz Erörterungstermin "
Mitglieder der AG laden zu einer
Bestandsaufnahme und Diskussion ein.
Ort : Büro der AG, Petzvalstr. 50, BS

Donnerstag, 22.10.92, 20.00 Uhr
" Atommüll und kein Ende - aktuelle
Informationen zur Erörterung "
Veranstaltung der ESG, Pockelstr., BS
mit C. Schröder (AG)

Samstag, 24.10.92, 11.00 Uhr
" Bürgerprotest " gegen das Endlager
Morsleben.

Ort : Marktplatz in Helmstedt

Erörterung :

Ethisch - moralische Fragen

ab 14.00 : Kindererörterungstermin X

Voraussichtlich wird die 5. Verhandlungs -
woche der Tagesordnungspunkt 2
(Abfälle, Endlagerbedingungen,
Entsorgungskonzept) erörtert werden.

INFOTELEFON

Arbeitsgemeinschaft

05341/15233

Umweltministerium

Ansage : 05341/105/106/107

Aktuelles : 05341/ 835-161

-162



Erörterungs-Express



Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V. - V.i.S.d.P. : Corinna Feuerhahn, Kurt Dockhorn

Nr. 5 - 24.10.92 FOTOS (2) : R.Hübener

Wochenbericht

Der außerplanmäßige Montag, 19.10.92, war die Stunde des DGB. Vertreter der IG Metall und der Betriebsräte von Preußag Stahl AG und der Verkehrsbetriebe Peine - Salzgitter brachten ihre Einwendungen vor. Gefordert wurde insbesondere die Rückholbarkeit des Atommülls, eine eindeutige Definition der Endlagerbedingungen und die Klärung von Transportrisiken.

Bernhard Fischer, Sachbeistand des DGB, thematisierte im Verlauf des Tages die Wiederaufarbeitung im Ausland sowie vorhandene und zukünftig anfallende Abfälle. Besonders die Endlagerfähigkeit der Abfälle aus La Hague bezweifelte er. Kritik übte Fischer auch an der Praxis des BfS, das Einlagerungsbedingungen definiert, ohne Kenntnis von den einzulagernden Abfällen zu haben.

Verhandlungsleiter Dr. Schmidt - Eriksen betonte, daß eine exakte Bilanzierung der einzulagernden Nuklidinventare eine der Genehmigungsvoraussetzungen sei.

Der Donnerstag, 22.10.92, begann mit der Diskussion über die Pläne zu einem weiteren Zwischenlager in Gorleben. Begründet werden diese Planungen mit voraussichtlichen Verzögerungen bei der Inbetriebnahme von Schacht Konrad als Atommüllendlager. (siehe auch Kommentar) Sprecher zweier Schulklassen des Kranich - Gymnasiums in Salzgitter trugen ihre Einwendungen vor und forderten abschließend den Ausstieg aus der Atomenergie.

Wolfgang Neumann, Sachbeistand der Kommunen, bestritt mit seinen Fragen zur Abfallproblematik einen großen Teil des Verhandlungstages. Auf seine Frage nach der Abfallmenge gab das BfS folgende Zahlen an : Bis zum Jahr 2000 werden bis zu 190.000 m³ " konradgängige " Abfälle anfallen, hinzu kommen noch ca. 19.000m³ aus dem Abriß alter Atomruinen. Neumann bemängelte, es stehe nicht in den Planunterlagen, daß keine wärmeentwickelnden Abfälle eingelagert werden sollen. Ein weiterer Punkt war die Kritikalitätssicherheit (Vermeidung einer Kettenreaktion in einer Einlagerungskammer).

Das BfS blieb natürlich bei bekannten Positionen: Es sollen lediglich Abfälle angenommen werden, die aus der internationalen Kernbrennstoffüberwachung entlassen worden seien .

KOMMENTAR

NEUER SKANDAL IN GORLEBEN

Es war ruhig geworden um Gorleben: Die Arbeiten schreiten auf allen Ebenen voran und die Landesregierung hat keine ausstiegsorientierten Erfolge aufzuweisen. Und nun der Paukenschlag: Die Brennelemente-Lager-Gesellschaft (BLG) holt sich beim Gorlebener Gemeinderat mit vier zu drei Stimmen das Placet zur Errichtung eines neuen, erweiterten, Zwischenlagers für schwach- und mittelaktive Abfälle. Der Gemeinderat enttäuscht uns nicht: Noch immer sind Arbeitsplätze und Stillhaltelöhner in Millionenhöhe stichhaltige Argumente für den Kniefall vor der Atomlobby. In Salzgitter ziehen diese Argumente schon lange nicht mehr. In der Region um Konrad hat sich das Bewußtsein grundlegend geändert. Politisch kriegt die Atomindustrie hier kein Bein mehr an die Erde. Auf 150.000 Kubikmeter beläuft sich der BLG-Erweiterungsantrag, in etwa die Menge, die das BfS bis zum Jahr 2000 auf Konrad zukommen sieht. Der Seitenhieb auf Töpfers Liebling Konrad sitzt: Der Atomlobby geht es trotz Weisungshammer in Salzgitter nicht rasch genug voran, abgesehen davon, daß jeder Erörterungstag weitere Argumente für die Ablehnung von Konrad ins Protokoll einträgt. kade



Nach Reden von Bruno Niehoff (BI Vechelde) und Wilhelm Schmidt (SPD), Vors. der Kinderkommission des Bundestages , kamen die Kinder zu Wort:

" Warum kommt der Atommüll nicht in die Uranbergwerke zurück ? " (Tim Hoyer)

" Herr Thomauske, fühlen Sie sich verantwortlich wenn etwas passiert ?" (Wiebke Jahns)

Das BFS " antwortete " formal auf alle Fragen, legte aber die gewohnte Arroganz nicht ab und blieb kühl.

Abschließend nahmen die Kinder Ihre Sandeimer und schütteten den Sand unter das Schild " Platz des Strahlenden Friedens ".

Der fünfzehnte Verhandlungstag wäre fast in einem Eklat geendet.

Die durchgehende Haltung des BFS , bei unangenehmen Fragen ausweichend oder gar nicht zu antworten, eskalierte am Nachmittag derartig, daß die Einwenderseite eine Unterbrechung verlangen mußte. Wolfgang Neumann (GÖK) , Sachbeistand der Kommunen, beehrte Auskunft über die unterschiedlichen Angaben des BFS zur Aktivitäts - begrenzung bei " konradgängigen " Abfallgebinden. Hierzu verweigerte " Dr. Thomauske für den Antragsteller " die Antwort. Er meinte , darüber sei bereits am 19.10. gesprochen worden.

Kurt Dockhorn, Pressesprecher der AG SCHACHT KONRAD, forderte aufgrund des unerträglichen Verhaltens des BFS die sofortige Ablösung des Delegationsleiter Dr. Thomauske.

! Kindererörterung - unbestreitbarer dramaturgischer Höhepunkt ! Samstag, der 24.10.92, stand ganz im Zeichen der Kinder, die mit ihren Eltern zur Erörterung erschienen waren . Über 450 Menschen waren zum Kinder - Erörterungstermin erschienen. Die Kinder, ausgerüstet mit Sandeimern, zogen vor den Tisch des BFS und stellten sie dort ab.

Fotos : Seite 1 : Bürgerprotest gegen das Endlager Morsleben
Seite 2 : Kindererörterung , Übergabe der Sandeimer

TERMINE

Mi. 28.10.92

Entsorgung, Abfälle

Do 29.10.92

Entsorgung, Abfälle

Fr. 30.10.92

Entsorgung, Abfälle

ab 13.00 Uhr : Aktion

BUND

ab 15.00 Uhr :

BI Lüchow - Dannenb.

Sa. 31.10.92

voraussichtlich :

Langzeitsicherheit

Aktionstag zu Atomtransporten

Org: DIE GRÜNEN BS

INFOTELEFON

AG SCHACHT KONRAD

05341 /15233

Umweltministerium

Ansage: 05341/105/106/107

Aktuelles: 05341/835-161

-162

Richtigstellung : RA Rainer Nümann ist natürlich nicht für Vechelde tätig, sondern für Lengede. SORRY !



Erörterungs-Express

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V. - V.i.S.d.P. : Corinna Feuerhahn, Kurt Dockhorn
Nr. 6 - 31. Oktober 92
Fotos (3) : R. Hübener

WOCHENBERICHT

Mittwoch, 28.10.92

Der Sachbeistand der Kommunen, Wolfgang Neumann, (GÖK) schnitt im Rahmen der Einwendung der Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfenbüttel, die Frage der Einhaltung des Minimierungsgebotes (Vermeidung jeglicher Kontamination) nach der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) an.

Die Einwanderseite ging hier vom Einzelgebäude aus, das Umweltministerium vom der gesamten Abfallmenge. In Person von Ulrike Fink und Wolfgang Neumann kritisierte die GÖK den konzeptionellen Ansatz des BfS, der nicht dem Minimierungsgebot entspricht, da hier die oberen Grenzwerte des zulässigen Aktivitätsinventars aller Gebäude zur Norm gemacht werden. Es besteht also die Gefahr einer möglichst großen Ausschöpfung der Grenzwerte.

Donnerstag, 29.10.92

Auch an diesem Tag wurde die Einwendung der Kommunen fortgeführt. Bei der Tabelle zu den Aktivitätsgrenzwerten einzelner Nuklide handelt es sich, aus Sicht des BfS, nicht um rechnerisch ermittelte Antragswerte, sondern um Erwartungswerte. An dieser Stelle bemängelte die Einwanderseite, daß die Erwartungswerte (z.B. für Jod 129) um das 3 -4 fache über dem Antragswert liegen. Diese Angaben beziehen sich nur auf schon vorhandenen Atomüll.

Die GÖK forderte eine Begrenzung des radioaktiven Inventars der Gebäude auf ein Minimum und mahnte an, nur Fässer ohne Überdruck einzulagern. Eine Forderung galt der möglichst dichten Verfüllung des Schachtes, da Hohlräume die Explosionsgefahr erhöhen.

Auch an diesem Tag führte man die Einwendung der Kommunen weiter. Ulrike Fink und Wolfgang Neumann zweifelten die Tabelle für die einzulagernden Gesamtaktivitäten an.

In der weiteren Erörterung ergab sich: Schacht Konrad kann nicht für alle im Ausland wiederaufgearbeiteten Abfälle dienen, insbesondere Jod 129 ist schon heute in einer Menge vorhanden, die das

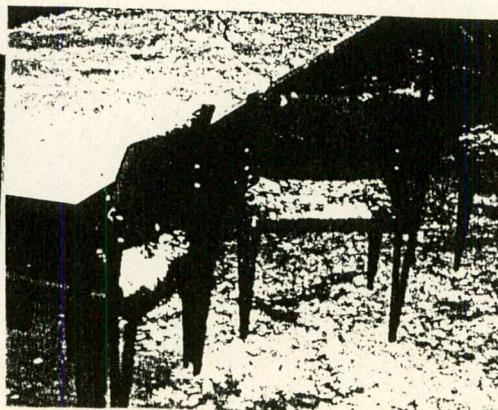
AKTION UND ÜBERREAKTION

Aufbruch brachte die BI aus dem Wendland am Freitag in den Saal, als sie Federn ausschüttend ("Heute haben wir die Federführung") über die Bank des BfS herfiel. Die von den einen begeistert aufgenommene, von den anderen heftig verabscheute Aktion platzte mitten in die Behandlung von Einwendungen der Stadt Salzgitter hinein und kippte den geplanten Verhandlungsverlauf, bei dem Professor Armin Weiß eine Masse von Abbruchanträgen stellen wollte. Wozu es dann am Samstag kam, im Zelt mit Riesenbeifall aufgenommen, in der Substanz jedoch von Insidern eher skeptisch bedacht.

Die AG hat massiv gestört, daß die Aktion nicht abgesprochen war und ohne Rücksicht auf andere Absprachen gestartet wurde. Aber es fragt sich, warum die Verhandlungsleitung für den Rest des Tages auf die Fortsetzung der Erörterung verzichtete. Zu dieser Überreaktion kommt - dem Vernehmen nach - eine zweite: Bonn möchte nur noch unter Polizeischutz weitererörtern! Jeder soll es haben, wie er es braucht! Wichtiger ist, die Wut zu verstehen, die die WendländerInnen antreibt gegen die Atomlobby und ihre willfährigen Erfüllungsgehilfen im BfS. Wer die Stimmung im Zelt zu Salzgitter auf sich wirken läßt, kommt nicht umhin zu sagen: Auch in der Region um Konrad ist eine große und verständliche Wut. Sie mag sich hier anders ausdrücken, aber die politisch Verantwortlichen in Bonn und ihre Statthalter im BfS wären gut beraten, wenn sie begreifen würden, daß die Zeit ihrer kalt-schnäuzigen, machtarroganten Zusammenarbeit für das Kartell der Atomiker abgelaufen ist. kade



Links:
Armin Weiß beim Vortrag



Rechts: Die Bank des BfS, gefedert und verwaist.

Aktivitätsinventar weit überschreitet.
Zweifel hegte man auch an der Rechtfertigung des Planes zu Schacht Konrad, der Bund brauche sowieso noch ein anderes Endlager, da Konrad nur für 60% der aufgelisteten Abfälle "geeignet" sei.

Freitag, 30.10.92

Der 19. Verhandlungstag galt den Fragen zur Beschaffenheit radioaktiver Abfälle aus der Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield, deren oberflächliche Kontamination die vorgeschriebenen Grenzwerte schon überschreiten würde, also nicht nach Deutschland transportiert werden dürfen. Angezweifelt wurde zudem, ob alle Abfallströme aus der Britischen Wiederaufarbeitung bekannt sind bzw. die Voraussetzungen für die Einlagerung in Schacht Konrad mitbringen.

Die Sachbeistände der Städte sprachen sich gegen das Vorhaben bitumierte Abfälle aus der Wiederaufarbeitung in Schacht Konrad einzulagern aus. Bitumen kann unter großer Wärmeeinwirkung aufweichen, außerdem ist diese Konditionierungsmethode wenig erprobt. Der Termin wurde unterbrochen nachdem die BI Lüchow - Dannenberg Federn auf die Delegation des BfS ausgeschüttet hatte, die daraufhin den Saal fluchtartig verließ. (siehe auch Kommentar)

Samstag 31.10.92

Prof. Dr. Armin Weiß trug seine Einzeleinwendung, ein in fünfzehn Punkte gegliederter Antrag, mündlich vor. Sein Redebeitrag wurde wiederholt von starkem Beifall unterbrochen; am Schluß "standing ovations" für Armin Weiß.

Der Termin wurde aufgrund dieses Antrages um 15 Uhr unterbrochen.

Termine

Draußen:

Mi, 4.11. Bescheidung der Abbrucharträge
Weiß; Fortsetzung der Erörterung zum
Top 2: Abfälle
ab Do, 5.11. voraussichtlich
Top 3: Langzeitsicherheit

Draußen:

Di, 3.11. "Bestandsaufnahme und
weitere Planung"; Bürgerzentrum
Vechelde (19.30 Uhr)

Fr, 6.11. "GRÜNE Ausstiegspolitik
auf dem Prüfstand" ESG, Pockelstr.
Braunschweig (20.00 Uhr)

Mi, 11.11. Eröffnung der Karnevalssaison
durch die BI Vecheldemit einem "Maskenball
besonderer Art

Fr.-Sa. 13.-15. Bundeskonferenz d. Anti
AKW Bewegung in Lüchow - Dannenberg

Mi, 18.11. Mitgliederversammlung der
AG SCHACHT KONRAD, Büro in BS
(19.30 Uhr)



AG SCHACHT KONRAD z.Z. Erörterungshalle, Neißestr. 3320 Salzgitter
Arbeitsgemeinschaft
05341/15233



Aktionstag zu Atomtransporten
SZ- Lebenstedt, Bahnhofsvorplatz am Samstagnachmittag:
Hier soll der Neubau des BfS entstehen.
Braunschweig / Hbf: Protest der Transportgegner
am gemeinsamen Sammelpunkt. Von dort aus reisten
sie nach Lebenstedt weiter.

Erörterungs-Express



Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V. - V.i.S.d.P. : Corinna Feuerhahn, Kurt Dockhorn

Nr. 7 - 7. November FOTOS : R. Hübener

TOP 2 (Abfälle, Endlagerbedingungen, Entsorgungs - konzepte) abgeschlossen.

Bedenken sind aber nicht ausgeräumt, sondern vertieft.

Zu Beginn der siebten Erörterungswoche erfolgte die Ablehnung der Anträge von Prof. Weiss : Die Forderung die Planunterlagen zu ergänzen sei keine ausreichende Begründung, um die Erörterung abubrechen.

Mangelhafte Dokumentation der Altabfälle

Das BfS plant Abfälle, die vor dem Transnuklear - Skandal konditioniert worden sind, durch Stichprobenkontrollen und zerstörende Prüfungen zu kontrollieren. Nach dem Willen des Antragstellers sollen bei den angelieferten Gebinden Stichproben zwischen 0,6% und 12% gemacht werden, nur wenn es Auffälligkeiten gibt, werden mehr Gebinde geprüft. Das ist alles schwammig und unverbindlich.

Abbruchantrag

Überraschend stellte der BUND einen Befangenheitsantrag gegen die Verhandlungsleitung. Der BUND zweifelte die Unparteilichkeit der Verhandlungsführung an. Andere EinwanderInnen schlossen sich diesem Antrag an. Darüberhinaus gab es plötzlich einen Abbruchantrag und einen Antrag auf neue Bescheidung des Antrages von Professor Weiss. Die verhandlung wurde daraufhin unterbrochen.

Keine genauen Vorschriften zu chemotoxischen Stoffen in Gebinden

Der Antragsteller äußerte lediglich , daß brennbare Stoffe größtenteils verascht und andere Teile einzementiert werden sollen, damit die Brandgefahr reduziert sei. Allmählich wird deutlich, daß Schacht Konrad nicht nur zu einer nuklearen, sondern auch zu einer chemischen Zeitbombe wird.



H.-G. Babke , AG SCHACHT KONRAD, überreicht Prof. Dr. Korbmacher , Beobachter des BMU und somit Töpfers Ohr am Rohr, 6000 Unterschriften aus dem VW Werk Wolfsburg.

Gefordert wird nicht nur die Erörterung der Transportfrage, sondern auch Einbeziehung dieser Frage in die Entscheidung über Konrad.

KALKARISIERUNG

Man darf bezweifeln, ob das NMU wußte, was es tat, als es Dr. "ThomaskefürdenAntragsteller" ermöglichte, an einer NMU-Pressekonferenz teilzunehmen.

Natürlich ließ der Mann sich die Gelegenheit nicht entgehen. volle Breitseiten gegen die Verhandlungsleitung abzuschießen. Dabei fiel das denkwürdige Wort "Kalkarisierung". Thomaske unterstellte damit dem NMU eine Strategie, durch immer neue Anforderungen an die Planunterlagen die Genehmigungsplatte so hoch zu hängen, daß der Antrag schließlich scheitert. Diese Einschätzung des BfS läßt hoffen, daß es selber am Ende nicht mit einem positiven Planfeststellungsbeschuß rechnet. Und uns kann das Stichwort die Richtung weisen. Die Richtung ist dem Kurs immer neuer Abbruch- und Befangenheitsanträge entgegengesetzt. Nur komisch, daß einige Akteure und Gruppen im Widerstand es immer noch nicht gemerkt haben, daß dieses Thema längst ausgelutscht ist und nur dem auf Straffung und Abkürzung der Erörterung drängenden BfS in die Hände spielt. Bewundernswert demgegenüber die Klugheit des Rechtsbeistandes von Lengede Nümann. Er wägt den Befund, daß das BfS statt Antragswerte nur "Erwartungswerte" für das Radionuklidinventar angeben kann, als Indiz dafür, daß dem Antrag auf Endlagerung kein Erfolg beschieden sein kann. Dennoch beantragt er keinen Abbruch, sondern wünscht vieldeutig "viel Spaß" bei einem Erörterungstermin mit derartigen Unbestimmtheiten. So "kalkarisierend" können die Argumente gesammelt werden, die in der Summe am Ende das Nein zu Konrad ergeben. kade

Radionuklidinventar und Betriebsdauer

RA Nümann, Lengede, resümierte den Tagesordnungspunkt 2 aus seiner Sicht: Der Antrag sei hinsichtlich des Abfallmengen- und qualitätsgerütes und der Betriebsdauer von 20 oder 80 Jahren nach wie vor nicht hinreichend bestimmt. Das BfS habe sich nicht einmal auf eine Begrenzung der gesamten einlagerbaren Radioaktivität festlegen wollen. Es habe seine Chance, wesentliche Eckdaten des Antrages zu präzisieren, ungenutzt gelassen. Der Erörterungstermin bleibe dadurch belastet, daß die betroffenen Einwender nach wie vor die Umweltgefahren nicht genau abschätzen können.

Kritik am Entsorgungskonzept

Ursula Schönberger meinte in ihrem Beitrag, daß die politischen und wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen zu Errichtung eines Endlagers Schacht Konrad nicht mehr vorhanden seien. Sie bezog sich hierbei unter anderem auf den großen Entsorgungsdruck, der für die Betreiberseite einen positiven Planfeststellungsbeschuß notwendig mache.

Ethik: Fünf Prinzipien*

Fünf Prinzipien (Sicherheit, Vertrauen, Gerechtigkeit, Wahrheit, Freiheit) zur Bewältigung des atomaren Problems nannte Pastor Eberhard Fincke im Rahmen seines Redebeitrages. Nur Sicherheit und Wahrheit seien, so Fincke, in den Planunterlagen berücksichtigt, das Projekt Schacht Konrad könne also nicht gelingen. Laut Genehmigungsbehörde seien die Planunterlagen in diesem Sinne defizitär, die Ausführungen von Pastor Fincke aber im formalen, rechtlichen Rahmen nicht Gegenstand des Verfahrens.

Unfall in Schacht Konrad 1

Am Donnerstag geriet in ca. 850 Metern Tiefe ein Bohrwagen ins Schwingen, da das Seil aus der Führung sprang. Der Bohrwagen zerschlug einige Holzbalken, deren Trümmer auf einen mit Bergleuten besetzten Förderkorb stürzten.

Verletzt wurde niemand, der Sachschaden liegt bei 25.000 DM. Das Bergamt Goslar ermittelt - "interessant" werden diese Nachforschungen bei einem genehmigten Atommüllendlager Schacht Konrad sein.

Taktik ?

Erörterung über Schacht Konrad - Einlagerung in Morsleben

Am Donnerstag sichtigten Mitglieder der örtlichen BI mehrere dunkelblaue LKW-Container mit dem Warnsymbol "Radioactive" auf dem Betriebsgelände des ERAM. Die Container stehen unter freiem Himmel. Mehrere Versuche der BI, Inhalt und Herkunft der Container in Erfahrung zu bringen, schlugen fehl. Die BI gegen das Endlager Morsleben hatte für den Freitag zu einer "spontanen Zusammenkunft" vor dem Tor des ERAM aufgerufen.

TERMINE

Drinne:

Mi. 11.11.92

Beginn Langzeitsicherheit !
Statement mit Hauptkritikpunkten von Dr. Detlef Appel

19.19 Uhr Eröffnung der Karnevalssaison durch die BI Vechele

Do. 12.11.92

Langzeitsicherheit

Fr. 13.10.92

Langzeitsicherheit,

(Thema: Stand Wissenschaft u. Technik), Prof. Dr. Erika Hickel, Prof. Dr. Eckhard Hilbrandt

Sa. 14.11.92

Langzeitsicherheit

! "Bürgerstunde" jeweils ab ca. 18 Uhr !

Draußen:

Fr. - So. 13. - 15.11.92

Bundeskonzferenz der Anti-AKW-Bewegung in Lüchow-Dannenberg
Mo. 16.11.92, 19.30 Uhr

BI Lengede trifft sich im Rathaus, Mehrzweckraum

Di. 17.11.92, 19.30 Uhr

"Bestandsaufnahme und weitere Planung", Bürgerzentrum Vechele
Mi. 18.11.92, 19.30 Uhr

Mitgliederversammlung der AG, Büro der AG, Petzvalstr., BS
Fr./Sa. 27./28.11.92

Transporttage: Erörterung mit EinwenderInnen u. Sachbeiständen

INFOTELEFON

AG SCHACHT KONRAD

05341/15233

Umweltministerium

Ansage: 05341/105/106/107

Aktuelles: 05341/835-161

-162



Erörterungs-Express



Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e. V. - V.i.S.d.P. : Corinna Feuerhahn, Kurt Dockhorn

Nr. 8 - 14. November

FOTOS : R. Hübener

DACHSCHADEN

TOP 3 (Langzeitsicherheit) begonnen.

ABBRUCH -

Erörterung vom Winde verweht.

Am 25. Verhandlungstag erreichte man TOP 3 der Tagesordnung, die Langzeitsicherheit.

Einleitend trug Dr. Besenecker vom niedersächsischen Umwelt - ministerium wesentliche Aspekte der Einwendungen vor.

Anschließend ergriffen die Sachbeistände der Kommunen (GÖK / PanGeo und Gronemeier und Partner) das Wort. Da die Erörterung, wegen des starken Windes und der Sturmwarnung des Deutschen Wetterdienstes, bereits um ca. 16.30 Uhr von Verhandlungsleiter Dr. Schmidt - Eriksen abgebrochen wurde, blieb es vorerst bei relativ kurzen Eingangsstatements.

Völlig abgehoben -

hat das Erörterungszelt in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag nicht, aber mehrere Flugversuche wurden allemal unternommen.

Zunächst flatterte nur die Zeltplane des einen Giebels im Wind, später hob sich das Zelt mehrmals, Lampen und Lautsprecher schwankten mit der Zeltdecke in alle Himmelsrichtungen.

Die Feuerwehr versuchte erst das Loch im Giebel zu schließen, mußte dieses unterfangen aber aufgeben, da der Wind zu stark war.

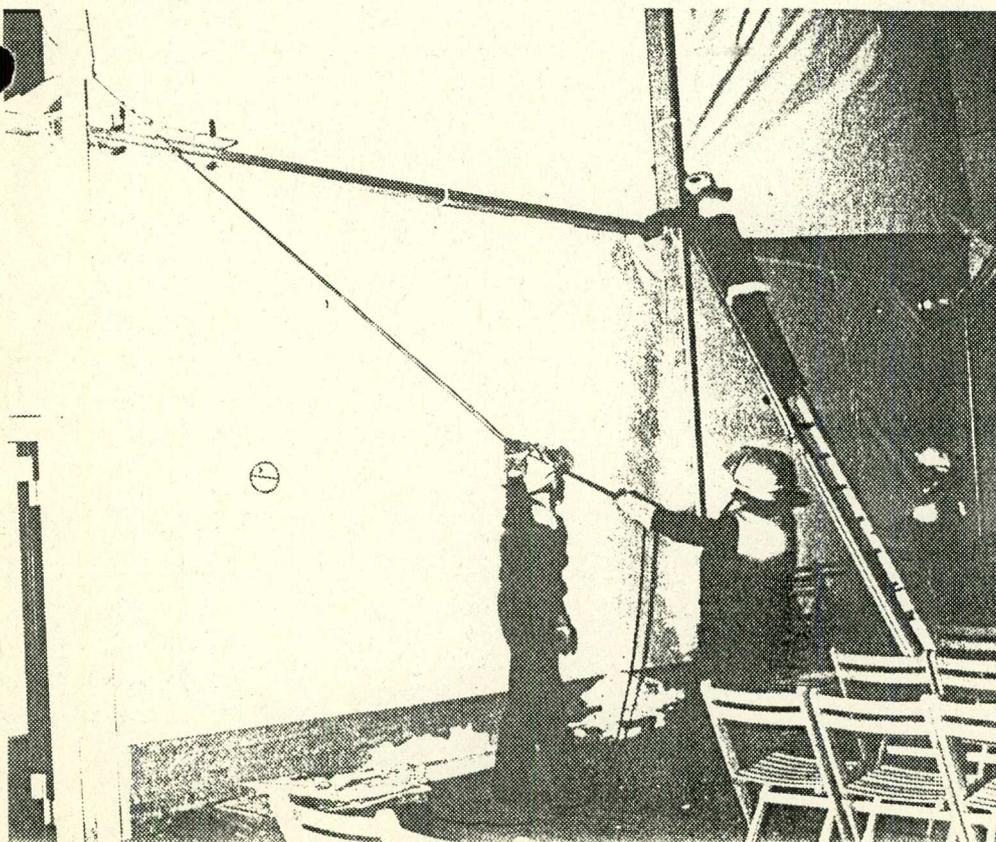
Letztlich ordnete der Einsatzleiter der Feuerwehr an :

" Strom abklemmen - und dann alle raus aus dem Zelt . "

Voraussichtlich wird die Erörterung am nächsten Donnerstag fortgesetzt.

Was bisher kein Antrag geschafft hat, schaffte das Wetter am Mittwoch: Der Sturm drückte das Zelt in eine Schiefelage und zerfetzte das Dach. Abbruch der Erörterung für mehr als eine Woche! Detlef Appel konnte seine Unterlagen zum endlich begonnenen Thema Langzeitsicherheit wieder einpacken. Ebenso fiel die "Töpfermaskerade" zur Eröffnung der Faschingsaison aus.

Der Schaden am Dach des Zeltes wird behoben. Wer heilt den Schaden, der seit Jahren entstanden ist, weil die Behörden der AKW-Industrie Konrad als "Entsorgungsnachweis" durchgehen lassen? Wer kommt auf für den Schaden, wenn Töpfer/BfS zum Ziel kommen und Konrad genehmigt wird, so daß die AKWs, statt stillgelegt zu werden, per "Entsorgungsnachweis" Konrad weiterbetrieben werden können? Und wir dann das, was wir jetzt in der Zeitung lesen über Leukämie im Umkreis von Krümmel, Brunsbüttel und Brokdorf, ebenso lesen müssen von Lingen, Würgassen, Isar II, Grafenreinfeld usw? kade



..... WICHTIG.....
Neue Verhandlungszeiten :

Mittwoch 11.00 - 19.00 Uhr

Donnerstag 10.00 - 19.00 Uhr

Freitag 10.00 - 19.00 Uhr

Samstag 10.00 - 14.00 Uhr (ohne Pause)

Mittagspausen zwischen 12.30 u.13.00 Uhr für 1 - 1,5 Stunden

Kaffepause gegen 16.30 Uhr

Wortmeldungen außerhalb des verhandelten TOP werden am jeweiligen Tag ab 18.00 Uhr und an Samstagen behandelt.

Infos zu den " Bundesweiten Aktionstagen "
gegen Atommülltransporte am 27. / 28. 11.92

Trotz Sturmschäden am Zelt und Verschiebung der

Erörterungszeiten : Die Aktionstage finden statt !

Der formale Antrag mehrerer Organisationen , an diesen Tagen das Thema " Atommülltransporte " auf die Tagesordnung zu setzen, wurde - mit Hinweis auf die negative Haltung des Antragstellers (BfS) - abgelehnt.

Klar ist trotzdem, daß wir das Thema auf die Tagesordnung bringen können, wenn nur genügend EinwanderInnen anwesend sind. Ein Grund mehr massenhaft zu kommen.

ANGEBOTE ZUR MOBILISIERUNG :

- Für Info - Veranstaltungen bei Euch/Ihnen , können wir kurz - fristig ReferentInnen aus dere Region an bieten.

- Die (beiliegende) Zeitung und das Ankündigungsplakat (in der Zeitung abgebildet) kann und sollte sofort bestellt werden .

Zeitung : 0,05 DM / Ex. (ab 100 Ex.)

Plakat A3 : 0,30 DM

Plakat A2 : 0,50 DM

- Teilt uns bitte vorher mit, was wann und wo bei Euch laufen soll, damit wir dies der Presse mitteilen können .

(Pressearbeit " vor Ort " müßte selbst gemacht werden.)

- Claus Schröder - Geschäftsführer -

DRINNEN :

??????????????????

Die Erörterung wird am Donnerstag, 19.11.92, fortgesetzt.

Thema ist nach wie vor Langzeitsicherheit. Mehr läßt sich momentan nicht sagen.

Draußen :

Fr. - So. 13. - 15.11. 92

Bundeskonzferenz der Anti - AKW - Bewegung in Lüchow - Dannenberg

Mo. 16.11.92 , 19.30 Uhr

" Bestandsaufnahme und weitere Planung " , Bürgerzentrum Vechelde
Mi. 18.11.92 , 19.30 Uhr

Mitgliederversammlung der AG

Büro der AG, Petzvalstr. , BS

Do.19.11.92 , 20.00 Uhr

Atommüll und kein Ende :

RA Claudia Fittkow zum Thema Morsleben

AKTUELLE INFORMATIONEN
AG SCHACHT KONRAD

05341 / 15233

Umweltministerium :

Ansage : 05341 / 105 / 106 / 107

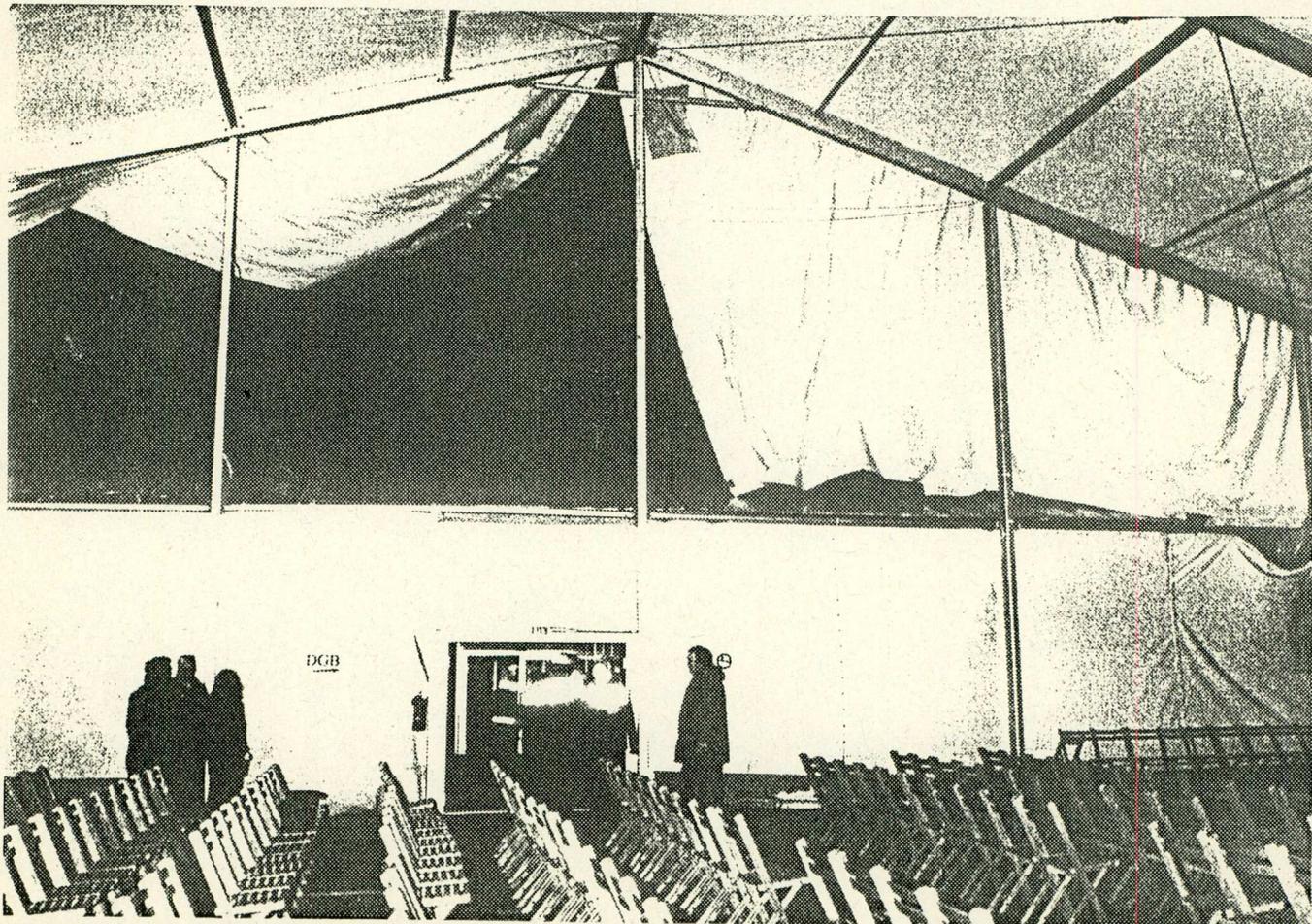
Aktuelles : 05341 / 835 - 161

- 162

4G SCHACHT KONRAD e.V.

z.Z. Leichtbauhalle , Neißestr.

3320 Salzgitter, Tel: 05341/ 15233



Erörterungs-Express



Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V. - V.i.S.d.P. : Corinna Feuerhahn , Kurt Dockhorn

Nr. 9 - 21. November 92 FOTOS : R. Hübener

TOP 3 (Langzeitsicherheit)

BfS verzögert schon wieder die Erörterung

Das BfS ist nicht mehr bereit auf gezielte Nachfragen, die sich aus der Ungenauigkeit der Planunterlagen und der chaotischen Konzeption ergeben, einzugehen.

Die von allen Verfahrensbeteiligten zugesagte Einteilung in Themenblöcke, die auch der Straffung des Termins dient, wird mit diesem Verhalten sabotiert.

Die AG versucht ihre Sachbestände in die Themenblöcke zu integrieren, fühlt sich aber sogleich, sollte das BfS seine Strategie beibehalten, nicht mehr an das abgesprochene Konzept gebunden. Weitere Verzögerungen gehen allein auf das Konto des Antragstellers, bei dem sich in zunehmendem Maße Sprachlosigkeit breit macht. Sprachlosigkeit, die sich mit intellektueller Überforderung (Wissenschafts -theoretische Einwendung v. H.-G. Babke) oder der Blöße im Plan begründen läßt.



Wissenschaftstheorie

H. G. Babke trug am Donnerstag seine Einwendung zur Wissenschaftstheorie vor, als Sachbeistand hatte er Prof. Dr. Erika Hickel "engagiert".

Kritisiert wurde das positivistische Wissenschaftsverständnis des Antragstellers, nach dem angeblich auf der Erkenntnis von zeitunabhängigen Naturgesetzen langfristige Prognosen mit Hilfe der Extrapolation der gegenwärtigen Lage möglich seien.

Dieses Wissenschaftsverständnis entspricht nicht dem gegenwärtigen Stand von Wissenschaft und Technik, insbesondere nicht dem Stand der Wissenschaftstheorie. Aus Erfahrungsgründen lassen sich grundsätzlich keine Aussagen über die Zukunft machen, da die Zukunft der Erkenntnis entzogen ist. Diese Unsicherheit wird dadurch noch verstärkt, daß sich die Wirklichkeit selbst nicht nach festgelegten Gesetzen evolutiv entfaltet.

LANGZEITSICHERHEIT UND

SOFORTKATASTROPHEN

Die Realität kommentiert das Szenario in der Leichtbauhalle auf ihre Weise: Während in der freilich notwendigen Breite und Tiefe die Langzeitsicherheit des Schachtes erörtert wird, passiert in Northeim ein dickes Zugunglück, bei dessen Bekanntwerden viele beim Konradtermin beteiligte Menschen sich versuchen vorzustellen, wie das gewesen wäre, wenn ein Atommüllzug unterwegs nach Konrad Bestandteil des Schrott- und Trümmerhaufens von Northeim geworden wäre. Oder sie versuchen sich vorzustellen, was in Salzgitter los wäre, wenn der Förderseilschaden im Schacht, der die Staatsanwaltschaft zu Ermittlungen nötigt, während des Einlagerungsbetriebs passieren würde. Diese zwingenden Phantasieübungen sind dem Bundesamt offensichtlich fremd (man kann seinen Vertretern allenfalls wünschen, daß sie von entsprechenden Alpträumen heimgesucht werden). Sie geben nur stereotyp zu Protokoll, daß was immer passiert, kein Anlaß zu neuen Risikoabschätzungen gegeben sei. Es ist gespenstisch: jederzeit kann sich die Katastrophe in Gestalt des "Restrisikos" ereignen, während sich unter unseren Füßen langsam aber stetig die Radioaktivität ausbreitet. Denn davon müssen wir ausgehen nach den Darlegungen des Geologen Detlef Appel dieser Tage im Zelt: Die behauptete Langzeitsicherheit ist eine Chimäre, die unbewiesen bleibt. kade

Wissenschaftliche Prognosen sind zeitabhängig und revidierbar, es dürfen daher keine politischen Entscheidungen getroffen werden, die nicht mehr zurückzunehmen sind.

In den Planunterlagen nachgebohrt

Die Sachbeistände der Städte Salzgitter, Braunschweig und Wolfenbüttel kritisierten das vom BfS beim "Nachweis" der Langzeitsicherheit verwendete Bewertungssystem. Weiterhin meinte Dr. Detlef Appel, Geologe, daß Schacht Konrad nicht das Ergebnis einer systematischen Standortsuche sei, sondern ein Zufallstreffer. Auch die Begrenzung des Untersuchungszeitraumes auf 10.000 Jahre stand im Zentrum der Kritik. Bemängelt wurde, daß das Vorgehen bei der Erkundung von Schacht Konrad keinesfalls methodisch korrekt und vollständig gewesen sei. Die Ergebnisse der Bohrung 101 wurden unzulässigerweise auf das gesamte Deckgebirge übertragen.

Ein anderer Vorwurf galt der Inkonsistenz zwischen der Realität (naturnahe Untersuchungen) und den konservativen Modellannahmen des BfS.

AG wiederholte Antrag zu "Transporttagen" 27./28.11. 92

Mit Hinweis auf die zu erwartende Zahl der EinwenderInnen betonte Rolf Stein für die AG SCHACHT KONRAD, daß sich ein solcher Transporttag nur in diesem Zelt durchführen ließe, nicht in den zukünftigen, kleineren, Räumlichkeiten. Das BfS wurde eindringlich davor gewarnt an diesem Tag der Erörterung fernzubleiben. Ein Fernbleiben des Bundesamtes wird die maßlose Arroganz und die Mißachtung der Ängste und Einwendungen der Bürger unterstreichen.



"Antworten" des Antragstellers spiegeln sich im Gesicht des Sachbeistandes Dr. Detlef Appel, Geologe, wider.

TERMINE

Neue Erörterungszeiten :

Mi : 11 - 19 Uhr

Do : 10 - 19 Uhr

Fr : 10 - 19 Uhr

Sa : 10 - 14 Uhr

Draußen :

TOP 3: Langzeitsicherheit

Mi.25.11. 92

Thema: Rechenmodelle

Einwendung von Prof.

Dr. Erika Hickel, Sachbeistand :

Prof.Dr. Eckhard Hilbrandt

Fr. / Sa. 27./ 28. 11.92

Transporttage ,

Erörterung und Aktionen

Draußen :

Mo.23.11.92, 19.30 Uhr

**Treffen der BI Lengede
im Rathaus Lengede**

AKTUELLE INFORMATIONEN

AG SCHACHT KONRAD

05341 / 15233

Umweltministerium :

Ansage : 05341 / 835 -105 / 106 / 107

Aktuelles : 05341 / 835 - 161

- 162

AG SCHACHT KONRAD e.V.

z.Z. Leichtbauhalle , Neißestr.

3320 Salzgitter, Tel: 05341/ 15233

TRANSPORTTAGE

27.28. NOVEMBER

FREITAG

**Überregionale Anreise
per Bahn . Während der
Reise: Aktionen im Zug
und auf den Bahnhöfen**

Letzte Etappe :

BS - HBF nach Salzgitter

15.47 u. 16.55 Uhr

Erörterung zu Transporten

ab 12.30 Uhr

SAMSTAG

Regionale Anreise per

Bahn . Aktionen im Zug

und in den Bahnhöfen.

BS - HBF nach Salzgitter

9.16 Uhr

Erörterung ab 10.00 Uhr

Erörterungs-Express



Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V. - V.i.S.d.P. : Corinna Feuerhahn , Kurt Dockhorn

Nr. 10 - 28. November 92

FOTOS : R. Hübener

TOP 3 (Langzeitsicherheit)

Spekulative Ausdehnung

An einzelnen Themen (Schichtenverbreitung, Hydraulik, Hydrochemie) bemängelten die Sachbeistände der Kommunen, Dr. Detlef Appel, Hajo Hamer und Dagmar Nowotny, daß nur punktuelle Daten vorliegen , beispielsweise die Bohrung K101, die spekulativ auf das gesamte Modellgebiet ausgedehnt werden. Zufriedenstellende Angaben seitens des BFS , die eine Rechtfertigung ergeben hätten sind nicht erfolgt.

An Einzelheiten wurde kritisiert, daß man die Bohrung K101 nur bis zum Einlagerungsgrund abgeteuft hat und es hinsichtlich der effektiven Porositäten der Gesteinsformationen keine empirischen Daten gibt . Darüber hinaus kritisierte man fehlende Annahmen zur Wasser - zirkulation zwischen den Schichten.

Was nicht in die Arbeitshypothesen paßte, ließ der Antragsteller als nicht relevant unter den Tisch fallen.

Wissenschaftstheorie

Prof. Dr. Erika Hickel bestätigte im Rahmen ihrer Einzeleinwendung nochmals : Der Antragsteller befindet sich nicht auf dem Stand von Wissenschaft und Technik.

Kritikpunkte waren die nicht vorgenommene Fehlerabschätzung mit modernen wissenschaftlichen Methoden und die unzulässige Begrenzung des Prognosezeitraums. Weiterhin thematisierte Erika Hickel den fehlenden Nachweis der Realitätsnähe der Computersimulationsprogramme "SWIFT" und "FEM".

14 Beweisanträge -

in denen weitere Untersuchungen gefordert werden

Prof. Dr. Rolf Bertram , Physikochemiker und Sachbeistand des LBU, problematisierte die Komplexität der chemischen Reaktion mit Nebenfolgen und Aufschaukelungseffekten. Ebenso ging Prof. Bertram auf Synergismen ein.



TRANSPORTE INS VERFAHREN!

Das war die unüberhörbare und eindeutige Forderung von Hunderten von Kolleginnen und Kollegen von VW, den Stahlwerken, den Verkehrsbetrieben P&S und von weither angereisten EinwenderInnen, die beim "Transporttag" am Sonnabend das Erörterungszelt füllten wie seit dem Eröffnungstag nicht mehr. Nach der großen Demo im Oktober war dieser Tag ein weiterer politischer Höhepunkt, der die breite Ablehnung des Projektes Konrad in der Bevölkerung eindrucksvoll belegte. Und es bedurfte im Vorfeld in der Tat des politischen Druckes, um diesen Tag so zustande zu bringen. Der Antragsteller wollte nicht, und aus Angst vor dem Nein des Antragstellers wollte die Verhandlungsführung zunächst auch nicht. Nach der Wiederholung des Antrags auf den Transporttag mußten Thomauske und seine Leute dann doch auf Weisung Bonns (mal eine positive Weisung aus dem Hause Töpfer!) in die Bütt. Sie taten es zur gebetsmühlenhaften Wiederholung des bekannten Rechtsstandpunkts, daß die Transporte nicht ins Verfahren gehören. Man stelle sich vor, sie gehörten tatsächlich ins Verfahren. Dann wäre ja jeder, jede an einem x-beliebigen Punkt der europäischen Atommülltransportstrecken vom Endlager Konrad betroffen. Wo kämen wir da hin! kade

Er forderte die Hinzuziehung unabhängiger Wissenschaftler und stellte 14 Beseitanträge, in denen es im wesentlichen darum ging welche toxischen Stoffe in den einzelnen Abfallgebänden enthalten sind. Nur wenn man Art und Menge der toxischen Stoffe kennt, kann man annähernd etwas über die chemischen Reaktionen sagen, obwohl auch dann noch die Synergismen unbekannt bleiben. Als Schlußfolgerung aus den mangelhaften Planunterlagen, machte Prof. Bertram dem BfS und dem TÜV den Vorwurf der Sorglosigkeit in der Abschätzung des mit der Einlagerung verbundenen Gefährdungspotentials.

BfS - verzögert - BfS - verhindert - BfS - torpediert die Erörterung.

Kommentar der Verhandlungleitung :

" Bundesamt zäh wie Kaugummi - erörtern bleibt Fremdwort. "

Transporttag

Rund 500 Menschen fanden den Weg ins Erörterungszelt .

Alle bewegte die Frage der Atommülltransporte , die nach Meinung des Bundesumweltministers nicht zur Erörterung und schon gar nicht zum Genehmigungsverfahren gehört.

Viele Redebeiträge ließen eine unmittelbare Betroffenheit und Angst erkennen : " Wenn ein Transportunfall geschieht , wie kann ich mich und meine Familie schützen ? "

Andreas Gleim , Jurist im wissenschaftlichen Beirat der AG und Sachbeistand des DGB, zum Thema Transporte: Für Töpfer und das BfS sei diese Diskussion anscheinend eine Art Volkshochschule.

Es sei unglaublich, daß sich eine Vertreterin des BfS hinstellen und sagen könne: " Teil eines Verfahrens könne nur sein, was im funktionalen Zusammenhang mit der Endlagerung stehe und die Transporte stünden nicht in diesem Zusammenhang . "

Gleim weiter: auch die Erteilung von Transportgenehmigungen sei ein trauriges Kapitel, denn konkrete Anweisungen etwa für den Transportweg und Zeitpunkt werden regelmäßig nicht erteilt. Von der Rechtslage her wäre es durchaus möglich im Planfeststellungsbeschuß konkrete Auflagen für die zukünftigen Transporte zu machen.

" Auf jeden Fall wird die Transportfrage später nocheinmal im Detail diskutiert werden. Wir werden dann insbesondere die konkrete Betroffenheit an den Strecken und Knotenpunkten in der Region deutlich machen", so Andreas Gleim über den Transporttag.

TERMINE

Neue Erörterungszeiten :

Mi : 11 - 19 Uhr

Do : 10 - 19 Uhr

Fr : 10 - 19 Uhr

Sa : 10 - 14 Uhr

Bürgerstunde ab 18 Uhr

Drinnen :

TOP 3: Langzeitsicherheit

Mi.2.12.92 , ca. 14Uhr

Prof. Dr. Rolf Bertram

Thema: Chemotoxizität

Sa. 05.12.92 , ab ca. 12.00 Uhr

"Der Nikolaus besucht das Erörterungszelt"

Kleinigkeiten für Kinder ,

die "Akteure" werden mit Kommentaren bedacht.

Draußen :

Mo. 30.11.92 , 19.30 Uhr

Treffen " BI Lengeder gegen

SCHACHT KONRAD "

Di.01.12.92 , 19.30 Uhr

" Bestandsaufnahme und weitere Planung " - Treffen

"Träger öffentlicher Belange , Organisationen , Gruppen u.

Interessierter , Bürgerzentrum

Vechede

Mi.02.12.92 , Außerordentliche

Mitgliederversammlung der AG

Petzvalstr. 50 , BS

Ab Do. 03.12.92 (bis 09.12.92)

" Tausend Kraniche muß Du falten

Ein Film für die Kinder von Tschernobyl!"

Scala 2 , Kohlmarkt 2,BS

Sa. 05.12.92 , 11.00-20.00 Uhr

" Atomrechtliches Seminar zur geplanten Änderung des ATG " mit RA Baumann u.

RA Jurisch , Würzburg , Klosterschänke , Franziskanerplatz 2

AKTUELLE INFORMATIONEN

AG SCHACHT KONRAD

05341 / 15233

Umweltministerium :

Ansage : 05341 / 835 -105 / 106 / 107

Aktuelles : 05341 / 835 /161/162

AG SCHACHT KONRAD e.V.

z.Z. Leichtbauhalle , Neißestr.



FOTO , S1:Offensichtliche Gedächtnislücken beim BfS - Da helfen auch keine Knoblauchpillen mehr
FOTOS , S2:Transporttag - Einwender im Zelt

Erörterungs-Express



Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V. - V.i.S.d.P. : Corinna Feuerhahn , Kurt Dockhorn

Nr. 11 - 5. Dezember 92

FOTOS : R. Hübener

TOP 3 (Langzeitsicherheit)

" Was man nicht weiß wird gesundgerechnet ! "

Prof. Dr. Rolf Bertram , Physikochemiker und Sachbeistand des LBU, kritisierte das Untersuchungsspektrum zur Reaktionsbeurteilung der chemotoxischen Stoffe . Es seien nur ausgewählte Stoffe(typische Klassenvertreter) untersucht worden , deren Ergebnisse habe der Antragsteller extrapoliert . Ebenso seien die möglichen chemischen Reaktionen in der Nachbetriebsphase nicht ausreichend untersucht, kleinste Veränderungen in der Stoffzusammensetzung können große Veränderungen der Reaktionen hervorrufen .

Mit dem " plausiblen Sicherheitsnachweis " , so Bertram , suggeriere der Antragsteller nur Sicherheit , eine sicherheitstechnische Bewertung der chemotoxischen Stoffe sei auf diese Weise nicht möglich .

Prof. Dr. Bertram beantragte den TÜV von der Erörterung auszuschließen , die Verletzung der Sorgfaltspflicht und den Verdacht der Befangenheit führte er als Begründung an .

Nümann : Falscher Maßstab

Der Rechtsanwalt der Gemeinde Lengede wies auf Fehler in den Darstellungen der geologischen Schichten hin .

Der Antragsteller entschuldigte sich mit Übertragungsfehlern , sprach von Peinlichkeit und bezeichnete die Unterlagen als " nicht wichtig " . Rechtsanwalt Nümann zweifelte daraufhin die Glaubwürdigkeit der Planunterlagen an : " Spielmaterial für die Einwender auszulegen ist nicht Sinn des Verfahrens . "

St. Nikolaus im Erörterungszelt

St. Nikolaus bedachte alle Beteiligten .

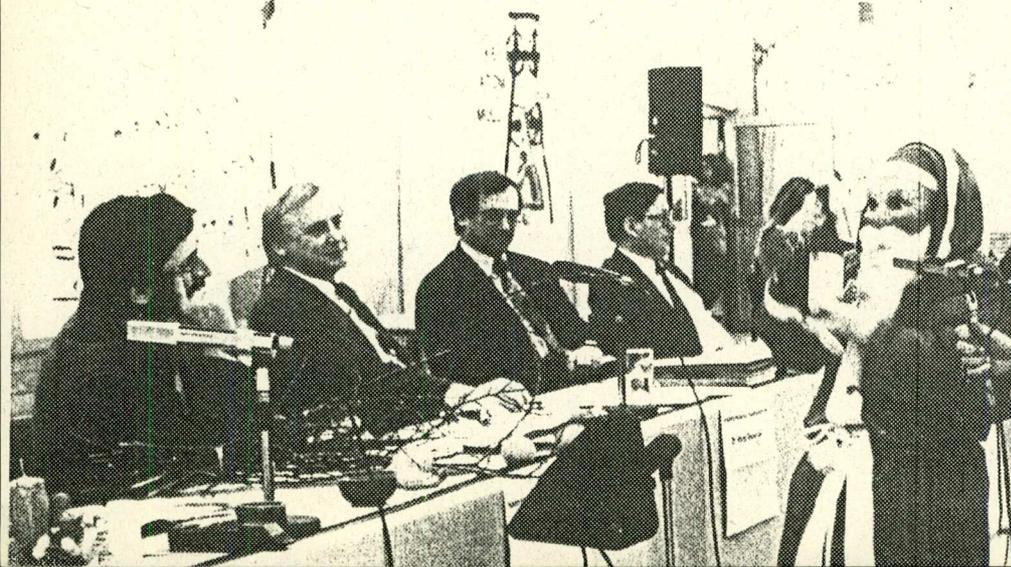
Die " Lichtblicke im Erörterungstermin " , das Umweltschutzforum , NABU, BUND , Greenpeace, BBU und die AG SCHACHT KONRAD beschenkte er mit Bienenwachslichtern . Rosemarie Krüger bekam Papier und Stifte, damit sie auch weiterhin ihre Gedanken zu Papier bringen kann.

EINSTIEG IN DEN AUSSTIEG?

Der Jubel ist verfrüht. Zu Glückwunschsadressen der Anti-AKW-Bewegung an die EVU-Bosse besteht kein Anlaß: Die Laufzeiten der derzeit am Netz befindlichen AKWs wird weit ins nächste Jahrtausend hinein festgeschrieben. Den Ausstieg betreffend ist Unverbindlichkeit angesagt. Die Verstromung von fossilen Brennstoffen geht weiter, statt Einsparung von Energie und Dezentra-

lisierung ihrer Erzeugung, statt Umstieg auf regenerative Energie ist die Errichtung weiterer Mega-Blöcke angesagt. Der besondere niedersächsische Zynismus in diesem Zusammenhang: Modernisierung im Osten verschafft dort Verminderung des CO₂-Ausstoßes. Das läßt sich positiv gegenrechnen gegen einen vermehrten CO₂-Ausstoß aus neuen Kohlekraftwerken in Niedersachsen!!

Ein "Energiekonsens", wie wir ihn nur bekämpfen können, wird seit dem 4. Dezember in Umrissen sichtbar, und unser besonderes Augenmerk sollten wir dabei auf die Rolle von Ministerpräsident Gerhard Schröder richten. Ist er es doch, der mitten in das Erörterungsverfahren in Salzgitter hinein Schacht Konrad klammheimlich in den "Energiekonsens" einbaut. Da müht sich noch sein Umweltministerium mit Unterstützung der EinwenderInnen, möglichst viele Punkte zu sammeln, die dem Töpfer-Antrag die Genehmigungsfähigkeit absprechen, und locker, wie es seine Art ist, haut er uns allesamt in die Pfanne und reicht der Mafia den für ihr Weitermachen dringendst benötigten fetten Brocken "Konrad Entsorgungsstandort" als Leckerbissen hin. Bisher dachten wir, Töpfers Weisungspolitik mache die Erörterung zur Farce. Wenn die Falle "Energiekonsens" zuschlägt und der arme Konrad mitgefangen ist, dann wissen wir es besser: Der Ministerpräsident höchstpersönlich trägt die politische Verantwortung dafür, wenn im Deal mit der Industrie Konrad gegen die besseren Argumente genehmigt wird. Ganz so, wie er es neulich schon mit der Genehmigung der Pyrolyse in Salzgitter vorgeführt hat. kade



Dem Vorstand der AG wurde eine , mit Bettfedern geschmückte, Rute überreicht - zur Erinnerung an die " Bettfedernaktion " .

Eine große Rute , " mit der sie auch mal energisch klopfen soll " , schenkte der Nikolaus der Verhandlungsleitung . Als Stimulans gegen die bundesaufsichtlichen Weisungen bekam die Verhandlungsleitung (nach den Prinzipien der Homöopathie) *eine* Flasche " Töpfers Wermutströpfchen " .

Das Bundesamt für Strahlenschutz wurde vom Nikolaus natürlich mit einer extra großen Rute bedacht. Premierencharakter hatte die Übergabe einer Phrasendreschmaschine an Herrn Thomaskefürden - Antragsteller . Kommentar des Nikolaus : " Sie haben sich mit ihren Mitarbeitern die Phrasendreschmaschine verdient , eine Auszeichnung, die ich bisher noch nie an Wissenschaftler vergeben mußte. "

Analyse mit dem Taschenrechner

Hinsichtlich der Sorptionsdaten (Rückhaltung der Nuklide in den Sedimenten) stellten die Sachbeistände der Kommunen fest , daß aus dem Untersuchungsgebiet nur 25 Proben genommen worden seien , die Untersuchungen sind also keinesfalls repräsentativ für das Gesamtgebiet .

Die Beurteilungskriterien und - maßstäbe der geologischen Barriere wurden vom Antragsteller nicht offengelegt , die Sachbeistände warfen dem Antragsteller daraufhin Konzeptlosigkeit bei der Bewertung der geologischen Barriere vor.

Von vornherein ungeeignet die komplizierten Verhältnisse naturnah nachzubilden , so die Sachbeistände der Kommunen, sei das Rechenprogramm SWIFT . Diskutiert wurde insbesondere über das Programm FEM 301, zentrale Frage hierbei : wie ist die Diskretisierung (Daten zur Nachbildung der Natur) zustande gekommen.

Zur Validierung der Rechenwerte (Überprüfung der Güte der Modellrechnungen und deren Ergebnisse mit Hilfe von Naturdaten) konstatierten die Sachbeistände, daß es keine Validierung gäbe, das Bundesamt also nicht auf dem Stand von Wissenschaft und Technik sei . Zudem hatten die Sachbeistände den Eindruck , daß das BfS versucht , anhand der Altersbestimmung am Tiefen - grundwasser, Ergebnisse zu relativieren .

TERMINE

Neue Erörterungszeiten :

Mi : 11 - 19 Uhr

Do : 10 - 19 Uhr

Fr : 10 - 19 Uhr

Sa : 10 - 14 Uhr

Bürgerstunde ab 18 Uhr

+++++

Dringen :

TOP 3: Langzeitsicherheit

Draußen :

bis 09.12.92

UND

So. 13.12. 92 10.30 Uhr Matinee

" Tausend Kraniche muß Du falten

Ein Film für die Kinder von Tschernobyl"

Scala 2 , Kohlmarkt 2,BS

Sa./So. 12./13.12.92 Stand der BI Lengede auf dem Weihnachtsmarkt

Mo. 14.12.92 15.00 Uhr

Eröffnung der Informationsstelle Gorleben

Hahnenbergstr. 37 in Gartow

17.00Uhr

Öffentliche Informationsveranstaltung mit Umweltministerin Monika Griefahn , Haus des Gastes , Hauptstr.46 in Gartow

AKTUELLE INFORMATIONEN

AG SCHACHT KONRAD

05341 / 15233

Umweltministerium :

Ansage : 05341 / 835 -105 / 106 / 107

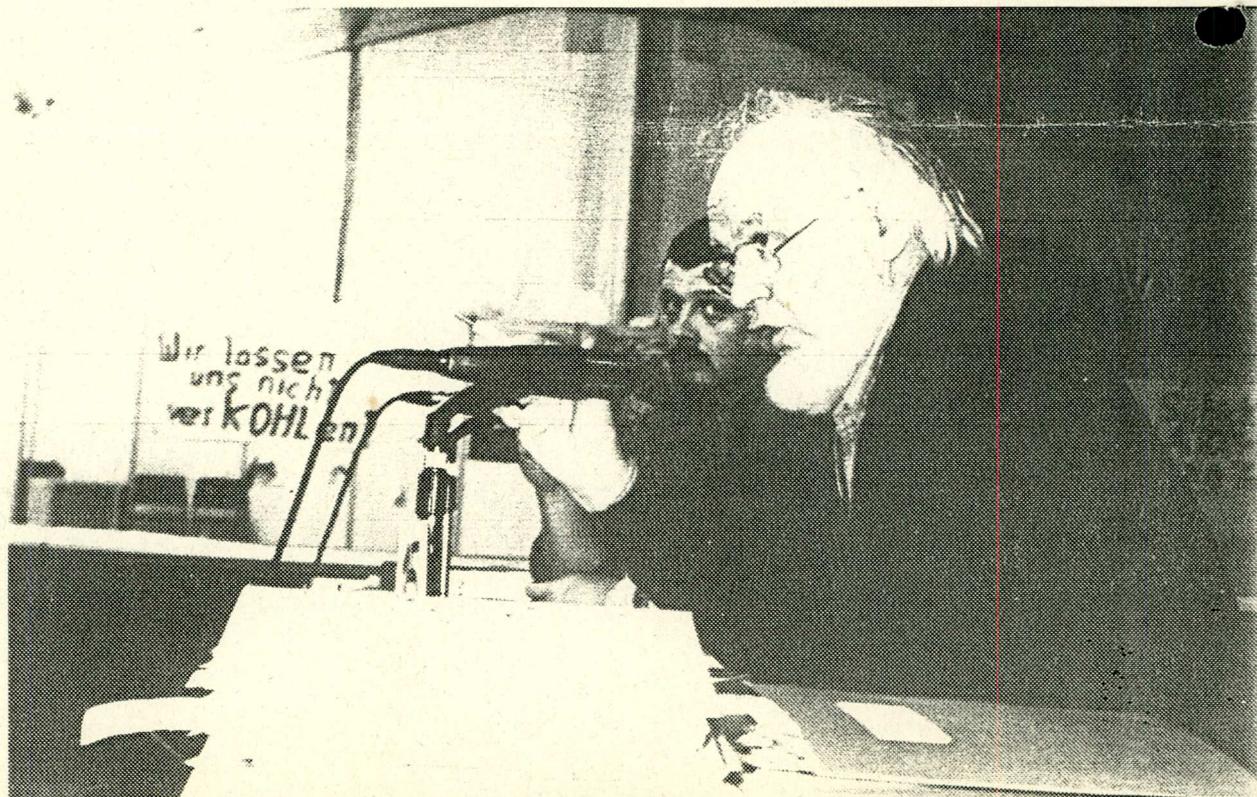
Aktuelles : 05341 / 835 /161/162

AG SCHACHT KONRAD e.V.

z.Z. Leichtbauhalle , Neißestr.

3320 Salzgitter, Tel: 05341/ 15233

Prof. Dr.
Rolf Bertram ,
Sachbeistand
für den LBU ,
während seines
Redebeitrages zur
Chemotoxizität.
(Mi.2.12.92)



Erörterungs-Express



Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V. - V.i.S.d.P. : Corinna Feuerhahn , Kurt Dockhorn

Nr. 12 - 12. Dezember 92

FOTOS : R. Hübener

TOP 3 (Langzeitsicherheit)

!!!!!!!ab 12.12. Pause bis zum 7.1.93 !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Konrad - Landpartie

Neuer Erörterungsstandort soll eine Halle in Vechelde - Wedtlenstedt, Schleusenstr. 15 sein .

Protest

Die AG SCHACHT KONRAD erhob Protest gegen die Verhandlungsleitung , die ihr das Recht zu einer letzten Bewertung des TOP 3 (Langzeitsicherheit) nicht offiziell einräumen wollte . Daraufhin kündigte H.- G. Babke an , daß sich die AG in Zukunft keinem Verfahrenskonsens mehr unterwerfen wird . Erst wenn die von der AG vertretenen Einwendungen vollständig abgearbeitet sind und eine abschließende Stellungnahme der AG erfolgt ist , können andere Verfahrensbeteiligte zum Zuge kommen . Die Konsequenzen (Verzögerungen und Verdoppelungen) müssen von der Verhandlungsleitung in Kauf genommen werden , wie bedrohlich das für die Verhandlungsleitung ist - wird sich im Januar zeigen .

" Die Gesetze der Mathematik nicht blind auf die Realität übertragen "

Prof. Dr. Eckhard Hilbrandt ging in seiner Einwendung auf die Berechnungsverfahren (SWIFT und FEM 301) zur Langzeit - sicherheit im Bereich Modellierung ein .In Rahmen seiner Schlußfolgerung bemängelte Hilbrandt, daß in keinem Bereich , der von ihm aufgeführten Modellierungskriterien, eine konsequente Fehlerabschätzung erfolgt sei . Auch sei eine Verifikation des Gesamtmodells (z.B. durch Versuche) hier nicht möglich , sie sei aber in Teilbereichen unabdingbar . Wie schon zuvor die Sachbe- stände der Kommunen zweifelte Hilbrandt an der Repräsentativität der Daten : " Die durchgeführten Rechnungen sind daher in den Bereich 'schöner Schein ' einzuordnen. Sie gehen nicht über den Bereich einer groben Tendenzanalyse hinaus . Sie sind den Beweis der Langzeit - sicherheit schuldig geblieben ." so Hilbrandt abschließend .

Versuchseinlagerung von hochradioaktivem Atommüll in der Asse gestoppt

Die dreißig Glaskokillen , die für fünf Jahre versuchsweise in Asse II eingelagert werden sollten , verbleiben in den USA . Der Antrag auf Versuchseinlagerung wurde von der Gesellschaft für Strahlen - und Umweltforschung (GSF) zurückgezogen . Die " Aktion Atommüllfreie Asse " hatte sich vehement gegen die Einlagerung dieser hochradioaktiven (Cäsium 137 und Strontium 90) Glaskokillen ausgesprochen.

WO LIEGT DENN, BITTE, WEDTLENSTEDT?

Der Affront kann sich sehen lassen: über öffentliche Bekanntgabe im Erörterungszeit erfährt die Stadt Salzgitter, daß nach Entscheidung des NMU der Termin nach der Weihnachtspause außerhalb Salzgitters fortgesetzt wird. Eine Ohrfeige für die Standortstadt und ein Schlag ins Gesicht für alle EinwanderInnen, die seit elf Wochen den Termin im Zelt bestritten haben. Aber der Affront paßt ins Bild: Die Verhandlungsleitung geht räumlich auf Distanz zu Salzgitter, so wie sie inhaltlich zu ihrem eigenen Erörterungstermin auf Distanz gehen muß, seitdem die politische "Weisung" aus der Staatskanzlei auf dem Tisch liegt, die die zügige Genehmigung und Inbetriebnahme von Konrad gemäß den Energiekonsenswünschen von Schröder/Veba/RWE anordnet. Monika Griefahn kann ihre flammende Rede gegen Töpfer und gegen Konrad anlässlich des Erörterungsbeginns gerahmt über ihren Schreibtisch hängen als Erinnerung daran, wie fix das gehen kann in der Politik, daß unverrückbare Positionen dem politischen Opportunismus geopfert werden. Schon jetzt zeichnet sich ab und ist atmosphärisch spürbar, daß sich bisher scheinbar Verbündete gegen Töpfer und das BfS - das NMU und die EinwanderInnen einschließlich der Kommunen - nach der Weihnachtspause als Fremde gegenüber stehen werden.

Mit Recht hat Rolf Bertram als Einwander die Befangenheit des TÜV Hannover festgestellt, des gutachtenden Klotzes am Bein der Genehmigungsbehörde, solange die politische Willenserklärung der Landesregierung galt, Konrad verhindern zu wollen. Dies ist nun Schnee von gestern. Ab sofort kann sich die Verhandlungsleitung wieder über die guten Dienste des TÜV auf Genehmigungskurs freuen. Dennoch: Frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr. Der Kampf geht weiter! kade

Atommüllendlager per Zufall - Einwände bestehen nachwievor

Dr. Detlef Appel, Sachbeistand der Städte Salzgitter, Braunschweig und Wolfenbüttel, zog seine Bilanz zum Thema Langzeitsicherheit. Einleitend konstatierte Appel, daß dem Antragsteller nicht an einer systematischen Vorgehensweise gelegen sei. Das Bewertungssystem sei in sich schlüssig, aber dessen Begrenzung auf nur zehntausend Jahre sei nicht zulässig. Die Abgrenzung des Modellgebietes sei so zu akzeptieren. Zweifel bestünden aber an der Belegdichte der Naturdaten, es seien eklatante Datenlücken vorhanden.

Als bedenklich wertete Appel, daß sich das BfS der Aufforderung nach weitergehenden Untersuchungen verschlossen hat.

Konzeptionelle Mängel sieht Appel in der Modellierung. Es bleibt unklar, ob der Transportprozeß für Nuklide richtig modelliert ist, ob Konvektion oder Diffusion vorliegt ist nicht geklärt.

Als potentielle Aufstiegswege für Radionuklide stuft Detlef Appel die alten Bohrungen ein, auch sei, so Appel, die Machbarkeit der Schachtverfüllung nicht nachgewiesen.

Abschließend meinte Detlef Appel, daß die tatsächlichen Auswirkungen eines Atommüllendlagers Schacht Konrad vom Antragsteller unterschätzt werden.

30 Anträge

Prof. Dr. Rolf Bertram, Sachbeistand des LBU, problematisierte unter anderem die Korrosion unter Einwirkung radioaktiver Strahlung. Bertram beantragte Nachuntersuchungen und die Hinzuziehung unabhängiger Gutachter.

Elterninitiative Salder: Das Konradlied

Ihren Protest gegen ein Atommüllendlager in Schacht Konrad tat die Elterninitiative Salder in der Form eines Liedes kund.

"Noch fliegen die Vögel über Salzgitter - Bleckenstedt - noch kann man hier atmen ohne daß man verreckt (...)

In Salzgitter soll kein Atommüllendlager sein!

Es soll kein Atommüll in Schacht Konrad rein!

Der Plan der hohen Herren beruht nur auf Beschleiß!

(den Plan der hohen Herren, den finden wir sehr mies)

Denn Leben wird's nicht geben im Atommüllparadies!"

TERMINE

Draußen:

PAUSE

AB DEM 7.1.1993 geht es wahrscheinlich in Vechelde - Wedtlenstedt, Schleusenstr. 15 weiter.

Draußen:

So. 13.12.92 10.30 Uhr Matinee

"Tausend Kraniche mußt Du falten

Ein Film für die Kinder von Tschernobyl"

Scala 2, Kohlmarkt 2, BS

Sa./So. 12./13.12.92 Stand der BI Lengede auf dem Weihnachtsmarkt

So. 13.12.92 10.00 Uhr

Castor-Strecken-Konferenz -Nord,

Stärkestr. 15 in Hannover

Mi. 6.1.1993 19.30 Uhr

Mitgliederversammlung der AG

Petzvalstr. 50 in BS

Mo. 14.12.92 15.00 Uhr

Eröffnung der Informationsstelle Gorleben, Hahnenbergstr. 37 in Gartow

17.00 Uhr

Öffentliche Informationsveranstaltung mit

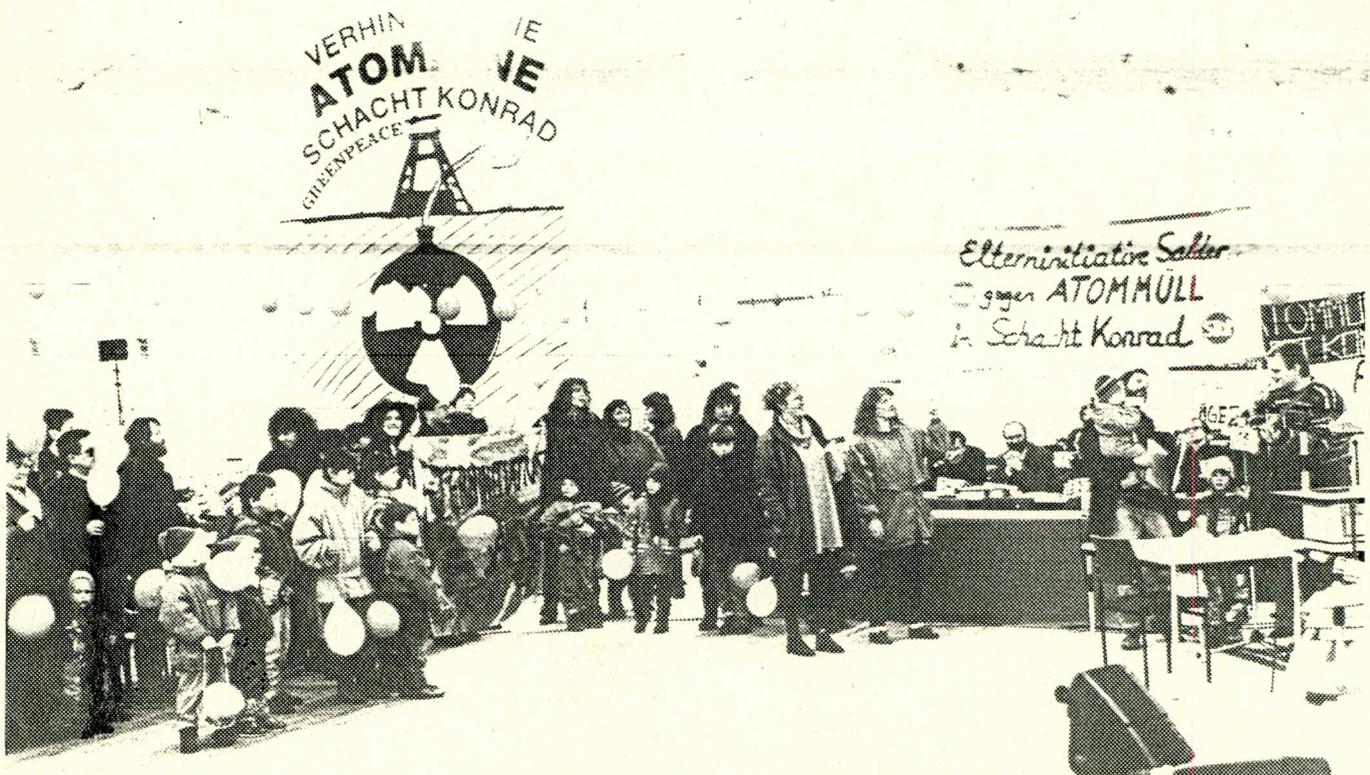
Umweltministerin Monika Griefahn,

Haus des Gastes, Hauptstr. 46 in Gartow

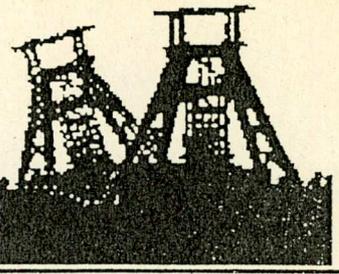
AG SCHACHT KONRAD e.V.

Petzvalstr. 50, 3300 Braunschweig

Tel: 0531 / 378121



Erörterungs-Express



Info zum Erörterungstermin SCHACHT KONRAD Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e.V., Petzvalstr.50, 3300 Braunschweig, Tel.:0531/378121, Fax: 0531/378151 Redaktion: Claus Schröder/Heinrich Mundt (verantwortl.)

Nr. 13 vom 09. Januar 1993

Terminbericht 13. Woche

Skandal an letzten Verhandlungstag

Mit einem Skandal endete der letzte Tag der Erörterung im Jahre 1992. Offenbar von der (eigenen?) Zielvorgabe getrieben, den TOP 3 "Langzeit-sicherheit" noch zu Ende zu bringen ging die Verhandlungsleitung rigoros zu Werke:

Gleich zu Beginn wurden die Umweltschutzverbände und die AG abgefragt, ob sie noch Erörterungsbedarf zu TOP 3 hätten. Weil zu diesem Zeitpunkt gerade kein(e) Vertreter(in) im Saal war, erklärte die Verhandlungsleitung den Bedarf für erledigt. Einzig Prof. Rolf Bertram stand somit noch mit gleich 30 Anträgen zu TOP 3 auf der Liste. Dr. Schmidt-Eriksen ließ am besagten Samstag, den 12.12.92 Prof. Bertram acht Stunden mit nur kleinen Unterbrechungen vortragen, obwohl das sonst übliche Ende (um 14.00 Uhr) gegen 18.00 Uhr schon weit überschritten war. Auf die Frage, wann denn mit einem Ende dieses Verhandlungstages zu rechnen sei, antwortete Dr. Schmidt-Eriksen, daß er noch genügend Zeit hätte.

Erst ein Schwächeanfall von Prof. Bertram (verbunden mit einem kurzzeitigen Krankenhausaufenthalt) und das beherzte Auftreten der noch anwesenden 13 EinwenderInnen bewirkten, daß die Erörterung für den Tag beendet wurde und der TOP 3 noch nicht abgeschlossen wurde.

Terminbericht 13. Woche

BFS wie gehabt: Zwischen Arroganz und Sprachlosigkeit
Der erste Verhandlungstag im neuen Jahr (am 7. Januar) begann mit zwei **Befangenheitsanträgen** gegen den Verhandlungsleiter Dr. Schmidt-Eriksen aufgrund der Vorfälle vom 12.12.92. In der sich anschließenden Diskussion, an sich das Bundesamt für Strahlenschutz (BFS) nicht beteiligte, zeigte sich die Verhandlungsleitung bemüht, die Vorgänge als unabhängig von den politischen Vorgängen und als Ergebnis gegenseitigen Aufschaukelns darzustellen.

"Auch wolle nicht noch einmal eine derartige Situation erleben", verkündete Dr. Schmidt-Eriksen. Die Hausspitze vom NHU lehnte die Anträge ab, obwohl kein Wortprotokoll vorlag, das eine Überprüfung strittiger Fragen erlaubt hätte. Der Rest vom Donnerstag und fast der gesamte Samstag wird von **Prof. Rolf Bertram** (mit Unterstützung von Frank Musiol) bestritten. Inner wieder geht es darum, daß das BFS von zu optimistischen Annahmen ausgeht und die Folgen möglicher und sogar zwingender Prozesse und Reaktionsweisen völlig ignoriert. Die stereotype Antwort: Wir haben alle relevanten Prozesse betrachtet, basta.

Am Freitag nimmt **Dr. Christine Rhode** ausführlich zu den zu erwartenden mikrobiologischen Prozessen Stellung. Sie bezieht sich ausdrücklich auf wissenschaftliche Veröffentlichungen der letzten drei Jahre, die in den Planunterlagen allesamt nicht berücksichtigt sind. Als Folge können u.a. verstärkt radioaktive Gase entstehen und austreten. Das BFS qualifiziert den Vortrag als "Schulbuchweisheit" ab und kann keine KONRAD-relevanten Aspekte erkennen.

Einzeleinwender **Werner Zydra** vertieft seine Einwendung zu fehlenden Angaben zur Gebirgsmechanik, zur Verfüllung von Bohrungen und Schächten und zu Gebirgsschlägen. Hierzu behauptet das BFS, diese Fragen seien bereits abgehandelt.

Kommentar:

Beweislast liegt bei der Verhandlungsleitung

Die Situation ist schon grotesk: Da bricht der Erörterungstermin zu SCHACHT KONRAD alle Rekorde (43 Verhandlungstage und immer noch kein Ende in Sicht) und dann kommt der Vorstoß von RWE und VEBA, an dem Ministerpräsident Schröder entscheidend mitgebastelt hat, und ändert die Verhältnisse schlagartig.

Das Verhalten der Verhandlungsleitung in den letzten Wochen des Jahres 1992 mag auch mit den überstrapazierten Nerven zusammenhängen; eine derart rein persönliche Erklärung greift aber zu kurz. Es paßt schon zu gut zusammen, daß die versprochene BürgerInnenfreundlichkeit in ihrer Intensität deutlich abnahm. Mit ihrem Verhalten am letzten Erörterungstag in 1992 ist die Verhandlungsleitung deutlich zu weit gegangen. Es war gut und richtig, hier von EinwenderInnen-Seite nach-zuhaken und Befangenheitsanträge zu stellen. Die Verhandlungsleitung hat den Warnschuß zur Kenntnis genommen, auch wenn die Anträge abgelehnt wurden und sie sich nur zwischen den Zeilen zu einer Entschuldigung durchringen konnten.

Es liegt jetzt aber an der Verhandlungsleitung, zu beweisen, daß sie unabhängig von den politischen Vorgaben handeln will und kann. O.h. wir werden sie verstärkt daran messen, wieweit sie eigenen Erörterungsbedarf deutlich macht, den Antragsteller zu konkreten Antworten drängt und letztendlich Mut genug hat, die Argumente gegen ein Endlager SCHACHT KONRAD in einen negativen Planfeststellungsbeschluss umzumünzen.

Doch viele Menschen in der Region haben die Vorgänge um den angeblichen "Energie-Konsens" schon richtig verstanden. So heißt es denn auch in der Erklärung der Mitgliederversammlung der AG: "Morsleben und KONRAD sind jetzt vor allem politisch zu verhindern".
CS

Vorschau auf die nächste Woche

In der kommenden Woche beginnt ab Mittwoch, den 13. Januar der TOP 4 "Standorteigenschaften, Betrieb des Endlagers und radiologische Auswirkungen". Ein abschließender Beitrag von Prof. Rolf Bertram zu TOP 3 wird an diesem Tag nur nochmal eingeschoben (siehe Termine). Bei den Standorteigenschaften geht es um die Bevölkerungsverteilung und Verkehrssituation, die meteorologische und klimatische Datenbasis, sowie um die konventielle und radiologische Vorbelastung des Standortes. Zu diesem TOP wird der Hamburger Meteorologe Dr. Carsten Hinrichsen als Sachbeistand der Stadt Salzgitter beginnen.

Für die AG ist in diesem TOP das Problem der Niedrigstrahlung von besonderer Bedeutung. Zu diesem Themenkreis wird die AG mehrere Sachbeistände einladen, die zu den Emissionen im Normalbetrieb, der Frage der Grenzwerte und der Belastung des Betriebspersonals und der Bevölkerung Stellung nehmen werden.

Wedtlenstedt - die Würfel sind gefallen !?

(Erörterungstermin Schacht Konrad in der Tennishalle des strahlenden Friedens zu Wedtlenstedt, Schleusenstraße 15)

Anreisemöglichkeiten und Lageplan

* Bahnverbindung

bis Vechelde, von dort mit der Buslinie 25 bis zur Haltestelle Wedtlenstedt Schleusenstraße (ca. 10 Minuten Busfahrt)

* Busverbindung

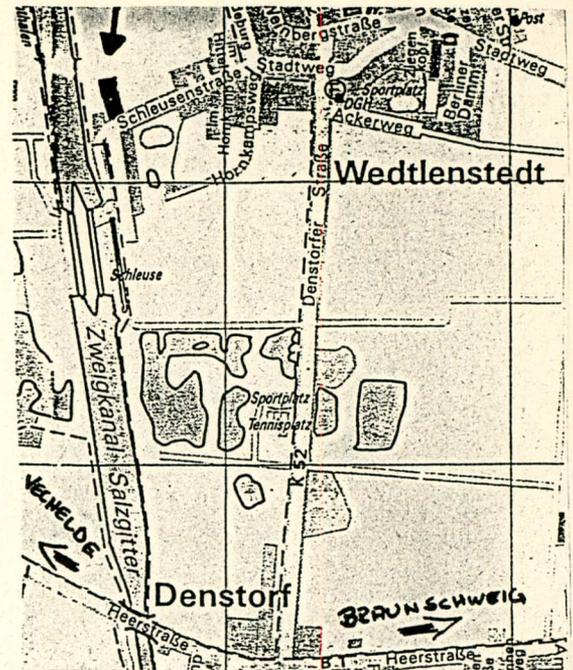
von Braunschweig oder Sierße, direkt mit der Buslinie 25 zur Haltestelle Schleusenstraße

* Auto

mit dem Automobil auf die B 1, in Denstorf nach Wedtlenstedt abbiegen, dort nach dem Lageplan fahren

* Fahrdienst NMU

das NMU bietet einen Fahrdienst für die Teilnahme am Erörterungstermin an (05302/910937)



Erörterungstermine in der Woche vom 11.01.1993 - 16.01.1993

Mittwoch, 13.01.93

- 11.00-13.00 Beginn Top 4 (Standorteigenschaften)
Beitrag von Dr. Carsten Hinrichsen
(Meteorologe, Hamburg)
- 14.00-17.00 Nachtrag Top 3 (Langzeitsicherheit)
Beitrag u.a. von Prof. Dr. Bertram
- 17.00-18.00 Fortsetzung Top 4
- 19.00- ? Absprachetreffen der EinwenderInnen und
Organisationen zu Top 4, Büro der AG
Wedtlenstedt

Donnerstag, 14.01.93

- 10.00-19.00 Fortsetzung Top 4

Freitag, 15.01.93

- 10.00-19.00 Fortsetzung Top 4

Sonnabend, 16.01.93

- 10.00-14.00 Fortsetzung Top 4

REGELMÄßIGE TERMINE

BürgerInnenstunde:

Werktags 18.00-19.00

Am Sonnabend können die BürgerInnen ihre Einwendungen, unabhängig von der aktuellen Tagesordnung vortragen.

EinwenderInnenplenum

Nach Abschluß des jeweiligen Verhandlungstages lädt die AG zu einem Plenum ein, auf dem der Ablauf des Tages ausgewertet und über das Vorgehen im weiteren Verlauf der Erörterung beraten wird.

Telefonverzeichnis:

Infotelefon NMU:

05302/9109-37

Infoansage NMU:

05302/9109-38 -39-40

Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad:

Telefon: 05302/9109-27, FAX: 05302/910929